

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 147.

Mittwoch, den 26. Juni 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Volk und Geistlichkeit.

Der Einfluß des Klerus auf das katholische Volk ist geradezu dämonisch. Er äußert sich besonders stark in Zeiten großer politischer Erregung. Der nichtkatholische Teil des Volkes mag in gewaltiger Bewegung sein — man denke an die große preussische Wahrbewegung —, wenn die Geistlichkeit will, werden die Wellen des geistigen Sturmes an der chinesischen Mauer zerstäuben, die der Klerus um seine Herrschaftsgebiete gezogen hat. Der „Herr“, heißt in den Dörfern oft schlechthin der Kaplan oder Pastor und in der Tat, diese Bezeichnung ist treffend für das Verhältnis des Klerikers zu seinen geistigen Heloten. Dieser „Herr“, das ist die Macht, auf die wir bei unserem Ringen um die katholischen Arbeiter immer wieder stoßen; sie ist es, die noch auf Jahrzehnte hinaus die katholischen Arbeiter zu Anschauungen zwingt, die in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur jener Gebiete längst keine Grundlage mehr haben. Will man diese Erscheinung begreifen, so muß man wissen, mit welchen Mitteln der Klerus das katholische Volk in einen Zustand des Geistes und Gemütes versetzt, der die schrankenlose Herrschaft gewährleistet.

Drahtschär und — für unsere Begriffe — brutaler dürrt die Machtmittel der Geistlichkeit auf die Massen wohl selten erkennbar sein, als in einem „Schutzengelbrief“, der mit bischöflicher Approbation in dem bekannten katholischen Verlag von E. Auer in Donauwörth erschienen ist. Wenn man die nun folgenden schier ungläublich anmaßenden Sätze liest, muß man sich vergegenwärtigen, daß ein Priester so über sich und seinen eigenen Stand schreibt.

Zielverirrend beginnt das Hestchen mit einer verächtlichen Freijung der Würde der katholischen Priester: „Keine menschliche Zunge ist imstande, die erhabene Würde eines katholischen Priesters zu schildern. Sie überragt die Hoheit der Kaiser und Könige, ja selbst die Majestät der erhabensten Himmelsfürsten. Die Engel sind Boten Gottes, und die Machthaber dieser Welt sind Gottes Stellvertreter in irdischen Dingen. Die Priester aber sind die Stellvertreter Gottes in den Angelegenheiten des ewigen Heiles. Ihre Würde ist eine göttliche zu nennen.“

Wit welcher sklavischen Demut mögen wohl naive Gemüter zu diesem Wesen von „göttlicher Würde“ aufblicken, dem auch „großer Glanz und hohe Herrlichkeit“ zugeschrieben wird. Der Priester wird dann noch verglichen mit Josua, der die Sonne still stehen ließ, wie Moses, der den Bogen des Meeres gebot, und mit völkerbeherrschenden Kaisern und Königen. All deren Macht ist nichts gegen die Gewalt des Priesters. „Er ruft gleichsam in den Himmel hinein“ und „verwandelt bei der heiligen Handlung Brot und Wein in Christi Fleisch und Blut; er kann und darf dieses erhabene Heiligtum berühren, bewahren, auspenden. Welche Würde, welche erhabene Gewalt.“ Selbst die Gottesmutter und Himmelskönigin Maria verblaßt vor der Macht des Klerikers: „Wer kann Sünden vergeben? Maria kann auch nicht die kleinste vergeben. Der Priester aber kann die himmelschreiendsten Verbrechen mit einem Worte vernichten und austilgen. Er öffnet den Himmel, er verschließt die Hölle.“ So ist denn der Gläubige völlig in des Geistlichen Hand gegeben, dem, wie in diesem Schutzengelbrief heißt, selbst der Schutzengel nicht voranzugehen mag, sondern ihm „ehrerbietig nachfolgt.“

Den Priestern, diesen allgewaltigen Stellvertretern Gottes, verdankt der Mensch alles. Der Priester hat schon das unmündige Kind „aus den Fesseln des Teufels befreit“. Er hat ihm „das Himmelreich aufgeschlossen“, und man denke nur an die herrliche Einrichtung des Reichthums: „Wieviel Ketten schmällicher Leidenschaften zerbricht da die gnadenreiche Priesterhand! Wieviel Trost spendet er den bedrängten Herzen, wieviel Segen, Frieden und Gnade fließt da von seinen Lippen!“ Bis in die Todesstunde ist der Geistliche „der Himmelsbote“, Segenspendender der Gläubigen. Er hilft dem Sterbenden, wenn dieser „beim graulichen Anblick des höllischen Drachens ährt“. Und so kommt denn der Schutzengelbrief zu dem Schluß: „Der Priester ist der größte Wohltäter des Volkes!“ Solch erhabenen Wesen, deren „Wohltaten unermesslich größer sind, wie die der leiblichen Eltern“, schuldet der Gläubige natürlich vielerlei, vor allem: Ehrfurcht, Gehorsam, Liebe. Vor dem Geistlichen muß er sein Haupt entblößen und sich in Ehrerbietigkeit neigen. „Der Heide Alexander“ wird als Vorbild empfohlen, weil er sich vor einem jüdischen Priester in den Staub wirft. „Und was ist ein jüdischer Priester gegen den Stellvertreter Jesu Christi?“ Mit „heiliger Schein“ soll sich der Katholik „dem Gesalbten des Herrn“ nähern.

Über leider, leider: Aller Glanz, alle Würde und göttliche Herrlichkeit kann nicht verhindern, daß manche Kleriker tief im Sündenpflanz waten. Ihre Verfehlungen sollen deshalb veruscht und verborgen werden: „Fluch jenen Lippen, die eine heimliche Sünde eines Priesters ans Licht ziehen oder sogar ein großes Argernis des Seelsorgers anderen ohne Grund mitteilen. Wehe, wehe, wer nicht schweigen kann, der Herr wird ihn richten, weil er seinen Augapfel berührt hat.“ Kein Wunder, wenn nicht gerade selten Priester sich lange Jahre einem verwerflichen Treiben ergeben durften, ohne daß eines der Pfarrkinder zu reden wagte, sie werden ja hier unter Androhung aller Höllestrafen aufgefordert, die Geistlichen den Befehlen des Staates zu entziehen.

Damit bei diesen Dingen von erschütternder Tragik auch die Romik nicht fehle, heißt es wenige Zeilen später: „O, betrübt nicht sein Herz! Er verdient es nicht. Sorgt gut für sein leiblich Wohl, sei pünktlich im Zahlen von Gebühren und Lasten. Was ihr ihm vorenthalte, das vorenthalte ihr der Kirche, ja Gott selbst.“ Keiner aber wird seinem Gotte etwas vorenthalten wollen. Darum hin mit dem letzten Groschen für das „zeitliche Wohl seines Stellvertreters“.

Das alles schreibt ein Priester in einem Schutzengelbrief im 20. Jahrhundert. Wahrlich ein Kulturdokument von bitterem Ernst.

Ohne die fürchtbare seelische Geißel der göttlichen Verherrlichung der Geistlichen würden diese niemals den Einfluß in den weitab vom theologischen Gebiet liegenden wirtschaftlichen und politischen Dingen ausüben können, wie es gegenwärtig noch in einigen Gegenden Deutschlands der Fall ist. Die Zentrumspartei weiß sich die „göttliche Würde“ der Priester in geschickter Weise zunutze zu machen. In lügenhafter Weise schildert sie den politischen Kampf der nichtklerikalen Parteien als einen Kampf gegen Religion und Kirche, in den der Geistliche eintreten müsse. Es sollte ihm nicht verboten sein, „als Diener Gottes die Sache seines Herrn und seiner Kirche zu verteidigen.“ Und in einem Artikel: „Der Priester gehört in die Kirche“ wird gefragt: „Es sollte ihm das Recht genommen werden, den Kampf aufzunehmen, wo er angesagt wird und mit den gleichen Waffen zu kämpfen? Er sollte die Katholiken nicht ermuntern dürfen, die christliche Familie gegen die Feinde des sakramentalen Charakters der Ehe zu verteidigen, gegen Forderung auf religionslose Erziehung, gegen die Gesetze aller Art, die in den Gemeindeverwaltungen, den Parlamenten und anderen gesetzgebenden Körperschaften zur Vernichtung der Religion geschaffen werden sollen?“ Diese hegerischen Behauptungen von der „Vernichtung der Religion“ sind als lägerisch zu bezeichnen, als daß es noch nötig wäre, gegen sie zu polemisieren. Aber das Zentrum braucht die Frage, um damit die Forderung zu begründen, daß sich der Priester mit den Wahlen beschäftigen müsse, daß „der Priester sei immer in Mitte des Volkes zur Verteidigung des Glaubens auf denselben Feldern, mit denselben Waffen und mit denselben Mitteln, wie seine Feinde.“

Mit „denselben Waffen und mit denselben Mitteln“? Wer glaubt das noch nach den Lehren von der „göttlichen Würde“ des Priesters in dem Schutzengelbrief. Dem klerikal imprägnierten Volksteil bleibt der Geistliche auch im Versammlungslokal dieselbe mit „göttlicher Würde“ umkleidete Erscheinung wie auf der Kanzel und mit ihren Wirkungen ist das System des politischen Klerikalismus geschlossen; erscheint es ihm, der in der politischen Partei des Zentrums organisiert ist, leicht, hinter dem Deckmantel der Religion höchst profane Absichten zu verfolgen. Deshalb auch die Gegnerschaft in der Frage der Trennung von Kirche und Staat. Sind Religion und Politik nicht mehr so eng mit einander verbunden wie heutzutage, dann verliert der Klerikalismus einestells die die weltlichen Strafen androhenden Machtmittel des Staates, womit er heut einen gesetzlichen Zwang in religiösen Fragen ausübt, andererseits entfällt ihm die Gelegenheit, die Politik, die sich dann nicht mehr mit den Angelegenheiten der Kirche zu beschäftigen braucht, als das Mittel zu bezeichnen, womit die Religion und die Kirche angeblich bekämpft wird. Dann aber verliert er auch die Möglichkeit, mit dem Schreckensrufe „Die Religion ist in Gefahr“ einzuwirken. Die politischen Kämpfe werden dann rein sachliche Auseinandersetzungen um wirtschaftliche und politische Probleme, bei denen der politische Klerikalismus, das Zentrum, gegenüber den modernen volkswirtschaftlichen und politischen Anschauungen bald den kürzeren ziehen würde.

Wenn heute noch das Zentrum dem Ansturm des Sozialismus fester Stand hält, als die anderen bürgerlichen Parteien, dann verdankt diese Partei ihre Position dem dämonischen Einfluß der Priester und der skrupellosen Verquickung der Religion mit der Politik. Fürwahr ein

Kampf mit sehr ungleichen Mitteln. Und doch neigt er sich hier und dort zu unsern Gunsten. Das leuchtet auch aus manchen Sätzen des „Schutzengelbriefes“ heraus, und man versteht, wenn der Priester in schmerzlicher Resignation schreibt: „Selbst katholische Christen bezeugen ihnen nicht immer jene kindliche Liebe und tiefe Ehrerbietung, welche ihnen zukommt. Möchten doch jene Zeiten wiederkehren, wo selbst hohe Fürsten den Gesalbten des Herrn den Tribut tiefster Verehrung zu Füßen legten!“

Sie kehren nimmer wieder, denn Mißternacht ist in der Geschichte Lauf vorüber und auch über die dunkelsten Gesilde steigt des Tages Frührot empor.

Woher die Reichsüberschüsse kommen.

Nach dem Jahresabschluß der Reichshauptkasse, der soeben erfolgt ist, hat im Rechnungsjahr 1911 die Gesamteinnahme der Reichskasse 3 016 564 217,49 Mk., die Gesamtausgabe 2 767 433 042,58 Mk. betragen, so daß sich ein rechnungsmäßiger Überschuß von 249 131 174,91 ergibt. Hieran sind beteiligt die Mehreinnahmen aus den Zöllen, Reichssteuern und Gebühren mit rund 193,3 Millionen, die Mehreinnahmen bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen mit 15,2 Millionen, beim Bankwesen mit 2 Millionen und die Mehreinnahme an Ausgleichsbeträgen von Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen für die Brausteuer, den Überschuß der Reichspostverwaltung und für die eigenen Einnahmen der Verwaltung des Reichsheeres mit 3,5 Millionen. Ferner sind aus den Restbeständen des aufgelösten Reichsinvalidenfonds den laufenden Einnahmen rund 1,4 Millionen Mark mehr zugeflossen, als bei der Aufstellung des Etats für 1911 erwartet worden war, und endlich sind bei den Ausgaben rund 16,5 Millionen Mark erspart worden. Aus dem Reichsinvalidenfonds ist im Jahre 1911 zum letzten Male ein Betrag von rund 8,8 Millionen Mark der laufenden Einnahme zugeflossen; diese Einnahmequelle ist damit für immer versiegt und die aus ihr bestrittenen Ausgaben müssen künftig vollständig aus den allgemeinen Reichsschuldbereinigungen und Reichsschuldenanweisungen hinter der durch das Etatsgesetz gesteckten Grenze zurückzubleiben; eine gleiche Ersparnis gegenüber dem Etatsanlaß in künftigen Jahren ist ausgeschlossen, weil die Etatsansätze schon entsprechend herabgesetzt worden sind.

Von den Finanzkünstlern der Parteien des schwarzen Blocks wird dieser günstige Abschluß wohl wieder ausgebeutet werden, um den „Segen“ ihrer bei der letzten „Finanzreform“ geübten Kunst zu demonstrieren. Solcher Versuch wäre aber völlig verfehlt und die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.“ scheint ihm von vornherein vorbeugen zu wollen, indem sie den Nachweis antritt, daß der günstige Finanzabschluß des vorigen Jahres auf ganz besondere an sich traurige Umstände zurückzuführen ist. Sie schreibt nämlich:

„Dieses an sich gewiß erfreuliche Ergebnis ist jedoch zum Teil auf eine Reihe außergewöhnlicher und voraussichtlich nicht wiederkehrender Umstände zurückzuführen, durch welche die Einnahmen erhöht, die Ausgaben dagegen herabgedrückt worden sind. Infolge der außergewöhnlichen Trockenheit des vorigen Sommers und des dadurch bedingten Ernteausfalls sind der Reichskasse allein an Zöllen für die fünf Hauptgetreidearten (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Mais) 46 Millionen Mark mehr zugeflossen, als im Etat veranschlagt war. Hierzu treten noch Mehreinnahmen von rund vier Millionen aus den Zöllen für Hülsenfrüchte, von 1 Million aus den Zöllen für Rot-, Weiß- und Wirsingkohl, von 3,8 Millionen aus dem Zoll für Schmalz und 2,3 Millionen aus dem Zoll für Butter, die gleichfalls infolge des Ernteausfalls im Jahre 1911 der Reichskasse zugeflossen sind. Die Aussicht auf eine schlechte Rübenernte und die Furcht vor einer erheblichen Steigerung des Zuckerpriests hatten ferner im Spätsommer 1911 eine ziemlich bedeutende Vorratsvermehrung der Händler und Verbraucher mit Zucker in den Monaten Juli, August, September und naturgemäß eine entsprechende Mindestbesteuerung in den Monaten Oktober, November, Dezember und Januar im Gefolge. Die Mehreinnahme für die Mehrwertsteuer im Spätsommer ist mit rund 15 Millionen Mark den Einnahmen im Rechnungsjahre 1911 zugute gekommen, die Mindereinnahme für die Mindestbesteuerungen im Win-

ter belastet wegen der sechsmonatigen Stundung der Zuckersteuer das Rechnungsjahr 1912, so daß also letzteres Jahr dem Vorjahre gegenüber doppelt benachteiligt erscheint. Lediglich eine Folge der warmen und trockenen Witterung im Sommer 1911 dürfte endlich auch die bei der Brausteuer eingetretene Mehreinnahme sein, die sich unter Hinzurechnung des entsprechenden Ausgleichsbeitrags auf rund 6 Millionen berechnet. Auch in der Einnahme an Brauweinverbrauchsabgabe ist ein voraussichtlich nicht wiederkehrender Konjunkturgewinn enthalten. Entsprechend dem Laufe des Betriebsjahres 1909/10 veräußerten Brauweinmengen wurde für das Betriebsjahr 1910/11 das Gesamtkontingent der Brennereien, also die Menge, die zum niedrigeren Abgabensatze hergestellt werden darf, von 2,3 Millionen Hektoliter auf 1,75 Millionen Hektoliter Alkohol herabgesetzt. Tatsächlich sind aber im Betriebsjahre 1910/11 rund 1,95 Millionen Hektoliter Alkohol zur Versteuerung gekommen, mithin rund 0,2 Millionen Hektoliter zum höheren Satze, was für die Mark ergeben hat, die nicht wiederkehren kann, weil das Kontingent für das folgende Betriebsjahr 1911/12 bereits entsprechend erhöht werden mußte. Auf das Unhalten und die noch weitere Besserung der günstigen allgemeinen Geschäftslage im Rechnungsjahre 1911 dürfte jedoch wenigstens ein Teil der sich auf 24,6 Millionen Mark belaufenden Mehreinnahme bei den eigentlichen Börsensteuern (Effektenstempel, Takostempel und für Kauf- usw. Geschäfte) zurückzuführen sein, zum mindesten kann nicht erwartet werden, daß sich auch bei sinkender Konjunktur die Einnahme aus dem Effektenstempel auf der Höhe von 53,7 Millionen und die aus dem Kaufstempel auf der Höhe von 24 Millionen wie im Jahre 1911 halten wird.

Die Dürre des vorigen Sommers, die mit der ihr folgenden Teuerung der Staatsbürgern so schwere Sorgen verursacht hat, ist also für den Staat recht einträglich gewesen. Hoffentlich kehrt sie nicht so bald wieder. Dann entfallen aber die betreffenden Mehreinnahmen. Trotzdem haben die Mehrheitsparteien auf diese Mehreinnahmen zum Teil die Mehrausgaben für Heer und Flotte angewiesen und auf der Rechten und im Zentrum möchte man sich auf dieses wackelige Konto hin am liebsten ganz um die Besitzsteuer drücken. Solcher Gedankenrichtung scheint die Regierung durch die Darlegungen der „Nordb. Allgem. Ztg.“ von vornherein begegnen zu wollen. Sie liefert aber auch erneut den Beweis, daß es wieder die Volksmassen sind, die die Kosten für die Militärvermehrungen aufbringen müssen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Aufgabe der preussischen Volksschule.

Genossen Bernstein ist nach altem Brauche die Befähigung als Schuldeputationsmitglied, als welches er vom Schöneberger Stadtverordnetenkollegium gewählt worden war, verjagt worden. Daß auch der „Revisionist“ Bernstein dieser preussischen Praxis zum Opfer fiel, veranlaßte einen großen Teil der bürgerlichen Presse, der sozialdemokratischen Kritik beizutreten.

Die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ Schweinburgs antworten nun diesen bürgerlichen Blättern:

„Die Kritik erhebt aber jeder Begründung. Bernstein ist zwar Revisionist und deshalb schon mehrfach in Widerspruch mit der orthodoxen Sozialdemokratie geraten, aber er ist trotzdem immer Mitglied der sozialdemokratischen Partei geblieben und gegenwärtig auch Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags. Er bekämpft sich auch durchaus zu den Zukunftszielen der Sozialdemokratie und weicht nur in bezug auf den Weg zur Erreichung dieser Ziele von ihr ab. Einem Manne, der auf diesem Standpunkt steht, kann unmöglich eine Stellung anvertraut werden, in der er als Mitglied einer städtischen Schuldeputation auch eine Einwirkung auf den inneren Betrieb und den Geist der Volksschule ausüben kann. Die preussische Volksschule hat nicht nur die Aufgabe, der Jugend die für das Leben notwendigen Kenntnisse beizubringen, sondern auch sie zu guten Christen, Bürgern und Patrioten, zu Gottesfürchtigen und Königstreuen zu erziehen. Mit dieser Aufgabe der preussischen Volksschule ist die Befähigung von Männern, welche auf sozialdemokratischem Standpunkte stehen, völlig unvereinbar und daher die Verjagung der Befähigung gegenüber Herrn Bernstein völlig selbstverständlich.“

Mit der Übermittlung der „für das Leben notwendigen Kenntnisse“ sieht es in der preussischen Volksschule, besonders in der ländlichen, recht mangelhaft aus. Die Erziehung zum Patriotismus, zur Gottesfürcht und Königstreue ist die Hauptsache. Und gegen diesen Mißbrauch der Volksschule wenden sich allerdings die Sozialdemokraten.

Liberalen Wahlbündnisse für die württembergischen Landtagswahlen.

Für die Wahlen zum württembergischen Landtag haben Nationalliberale und Fortschrittler ein Wahlbündnis geschlossen. Über die Einzelheiten sollen erst dann Mitteilungen gemacht werden, wenn die Landesauschüsse der beiden Parteien dem Bündnis ihre Zustimmung gegeben haben. In vier Landtagswahlbezirken ist eine Einigung nicht erzielt worden; diese Bezirke scheiden bei dem allgemeinen Wahlbündnis aus. Das Wahlbündnis geht dahin, daß in den einbezogenen Kreisen nur je ein liberaler Kandidat angesetzt wird. Die Kreise werden zwischen beiden Parteien eingeteilt, Fortschrittler und Nationalliberale stimmen für den gemeinsamen Kandidaten. Die Liberalen setzen große Hoffnungen auf das Wahlbündnis.

Die „Arbeitszeitungs“-ritter in Ungarn.

Ein nach anderer Meinung unüberwindlicher Vorbehalt Karl Eisners, die sozialdemokratische Partei möge bei den nächsten Landtagswahlen mit den Fortschrittler zusammengehen, ist der „Arbeitszeitung“ in die Glieder gefallen. Sie schreibt von einem neuen württembergischen Wahlbündnis, das zwischen Fortschrittler und Sozialdemokraten in Vorbereitung zu sein scheint. Das Organ der Landräte legt aber seine Hoffnung auf die Zurückhaltung der Liberalen und es bemerkt mit Spott: „Von Selbstachtung scheint man dort heutzutage nicht mehr viel zu halten. Sonst würden die mannesmütigen Demokraten sich von ihren heimlich Verbündeten nicht in der Weise behandeln lassen, wie jetzt wieder von Eisner. Der schreibt nämlich, das nächste Mal könne die Sozialdemokratie ja auch wieder anders vorgehen, und dann sei der liberale Sommernachtsraum wieder zu Ende. Zunächst komme es darauf an, das Gesicht des preussischen Landtages zu verändern. Möge es auch dann noch eine Frage sein, so sei es doch wenigstens eine andere Frage. Die „Genossen“ sind doch recht angenehme Verbündete, aber es sind wenigstens Verbündete.“

Novelle zum Gerichtsverfassungsgezet.

Gegenwärtig finden nach der Meldung einer Korrespondenz Verhandlungen zwischen den zuständigen Ressorts statt, die sich auf eine Abänderung des Ausführgesetzes des Gerichtsverfassungsgezetes beziehen. Es soll dahin gewirkt werden, daß die Amtsanwaltschaft juristisch vorgebildeten Personen, die dauernde Anstellung erhalten, übertragen werden.

Zum Bruderkrieg im nationalliberalen Lager.

In einem Aufruf des Geschäftsführenden Ausschusses der Nationalliberalen Württembergs heißt es: „Der Nationalliberale Reichsverband wurde auffallenderweise gegründet in unmittelbarem Anschluß an den Berliner Parteitag. Nach den versöhnlichen Erklärungen auf allen Seiten wurde die einstimmige Annahme der Satzungsänderungen und eine dauernde Verständigung mit Recht erwartet. Diese Hoffnung ist leider durch die Haltung der Nationalliberalen rasch zerstört worden. Wir geben uns der bestimmten Hoffnung hin, daß im württembergischen Landesverband der nationalliberalen Partei die Überzeugung von der Notwendigkeit einer einheitlichen, geschlossenen Parteiorganisation stark genug ist, um das Einbringen dieser Sonderorganisation zu verhindern. Wir möchten aber doch nicht veräumen, die Mitglieder der Partei ausdrücklich auf die in einer solchen Sonderorganisation liegende Gefahr aufmerksam zu machen mit der Bitte, sie möchten in ihren Kreisen dafür bemüht sein, daß innerhalb Württembergs die Einmütigkeit der Partei erhalten bleibt.“

Staatliche Kontrolle des Kalkyndikats?

Die „Vossische Zeitung“ meldet: „Das Reichsamt des Innern beabsichtigt, einen Beirat von Männern der Wissenschaft, die selbst am Kalkablag nicht interessiert sind, zur Begutachtung bei der Verwendung der sogenannten Propagandagelder in der Kalkindustrie heranzuziehen. Wie wir hören, ist die Reichsregierung an die an der Kalkfrage besonders interessierten Bundesregierungen herangetreten, und einige Bundesstaaten haben bereits geeignete Persönlichkeiten in Vorschlag gebracht, die dem zu bildenden Beirat angehören sollen.“

Die Enthaltungen des Münchener Professors Dr. Sorghel über die Kalkvermittlungsgeschäfte der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und die sich daran knüpfenden Verhandlungen in den Parlamenten dürften die Veranlassung zu dem angebotenen Vorgehen der Reichsregierung gegeben haben. Dr. Sorghel führte an, daß die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft den Provisionen, die ihr das Kalkyndikat bezahlt hat, ihr Vermögen von über drei Millionen Mark verdankt und daß auch deren Leistungen zum großen Teil daraus bezahlt wurden, u. a. auch die Propagandagelder, die eine kolossale Höhe erreichten.

Internationales Personenrecht.

Die Vertreter von Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, Österreich-Ungarn, Portugal, Schweden und Rumänien haben die internationalen gemeinsamen Verträge über eheliches Güterrecht und Kuratelenrecht unterzeichnet. Damit ist das erste Band des internationalen Personenrechts zum Gesetz erhoben.

Der „nationale“ Luftflottenverein.

Der Luftflottenverein hat seine Schwenkung ins nationale Fahrwasser so gut wie vollzogen. Am Sonnabend, den 22. Juni, fand in Berlin unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Wasserhagen eine Ausschlußsitzung des Deutschen Luftflottenvereins statt. Der schon auf der letzten Mitglieder-Versammlung angeregte Gedanke, den Verein zu einem nationalen Verein auszugestalten, wurde im Anschluß angenommen und soll nun einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, die Ende Oktober in Mitteldeutschland, wahrscheinlich in Kassel, stattfinden, vorgelegt werden.

Der Verein wird nun in dem Ruf nach „Stärkung unserer Wehrmacht“ mit dem Wehrverein und dem Flottenverein in Wettbewerb treten nach der Parole: Unsere Zukunft liegt in der Luft!

Die Fortschrittler und die Frauen.

Ein Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in der Provinz Sachsen beschloß auf dem allgemeinen Parteitag in Naunheim eine Programmänderung insoweit zu beauftragen, daß die Forderung der Erweiterung der politischen Rechte der Frauen im Fortschrittsprogramm eingetragt werde.

Der katholische Bruderkrieg.

Die Blätter der „Berliner Richtung“ im Zentrum denken trotz des Papstbefehts garrichtig daran, das Schwert in die Scheide zu stecken. Sie würden ja auch, wenn sie die Anweisungen der päpstlichen Nuntiatoren in München befolgen und den Waffenstillstand bis zur Fällung des Spruchs Roms gelten lassen wollten, ihr erst vor kurzer Zeit begonnenes Dasein betätigen und ihr Erscheinen einfallen lassen. Nur die Oppensdorffsche „Wahrheit und Klarheit“ macht eine Ausnahme; das „Katholische Deutschland“ des Pfarrers Dr. Nieborowski, die „Kölnener Korrespondenz“ und die in Trier erscheinenden „Petrasblätter“ haben nach wie vor mit der alten Forcht auf die „Kölnener“.

Das „Katholische Deutschland“ ruft: „Katholiken, kämpft den Heiligen Vater gegen die führenden Zentrumsblätter!“ Besonders die Zentrumsfraktion for-

dert es auf, den Papst gegen die Schmähungen der „Kölnener“ Presse zu schützen, die „in empörender Weise über den Vater der Christenheit herfällt.“ Die „Kölnener Volkszeitung“ beschuldigt den Papst, die Bischöfe zu erniedrigen“, das „Westfälische Volksblatt“ schreibt: „Die Bischöfe Deutschlands sind schmachlich übergegangen worden; die „Essener Volkszeitung“ habe „den Sipfel der Frechheit gegen den Stellvertreter Christi erklommen“; sie schreibt: „Rom treibt ein doppeltes Spiel, treibt ein falsches Spiel.“ „Erbärmlicher, weil feiger als alle diese Blätter“ benehme sich die „Schlesische Volkszeitung“, weil sie nicht wage, selbst ihre Ansicht zu äußern, sondern die antipäpstlichen Kundgebungen in schöner Garnitur mit Sperrdruck als die „Ansicht der Zentrumspresse“ serviere.

Die „Petrasblätter“ leisten sich gleich fünf Artikel in ihrer neuesten Nummer. Vielleicht besinnt sich Graf Oppensdorff und beteiligt sich in der nächsten Nummer seines Blattes doch wieder an der christlich-katholischen Rafferei.

Eine Charakterisierung Matthias Erzbergers

gibt die neueste Nummer der antibischöflichen „Kölnener Korrespondenz“. Sie schreibt u. a.: „Aus der „Kölnener“ Presse erhält man den Eindruck, daß Bachem, Erzberger und Kaufmann die drei berühmtesten Männer des katholischen Deutschlands sind. Dr. Sul. Bachem und Dr. Kaufmann stehen sich als die feindlichen Feldherren gegenüber. Matthias Erzberger, der alles weiß und alles kann, balanzieren zwischen beiden und bekommt daher bald auf der einen, bald auf der anderen Seite seine Gegenstücke. Es ist noch nicht lange her, da erklärte Herr Erzberger, es widerstrebe ihm, der „Kölnischen Volkszeitung“ eine Berichtigung zu schicken; von der „Schlesischen Volkszeitung“ (Kölnischer Richtung) wurde er scharf zurechtgewiesen, und den Protest gegen die Zentrums kandidatur Spahn hat er mit unterschrieben. Momentan befindet er sich wieder auf der „Kölnener“ Seite. Seine Opportunisten-Natur und seine persönliche Kampfesweise drängen ihn zu den Kölnern hin, bei denen er nun hoffentlich für einige Zeit hängen bleiben wird. . . . Herrn Matthias Erzberger fehlt es an logischem Denken und gebiegenen Kenntnissen. Dabei schreibt er die meisten Artikel und hält die meisten Reden. Diskutanten sind gefährliche Menschen, besonders im öffentlichen Leben. Solche Leute sind immer geneigt, eine sachlich unhaltbare Position mit persönlichen Invektiven zu verteidigen. Darum ist auch Herr Erzberger zu persönlichen Angriffen gegen einen unserer Freunde (gemeint ist Dr. Kaufmann) in unqualifizierbarer Weise öffentlich vorgegangen und hat uns auf das Gebiet persönlicher Polemik gedrängt.“ — Der Schreiber vorstehender Zeilen kennt seine Pappenheimer sehr genau!

Österreich-Ungarn.

Die Wehrvorlage im Abgeordnetenhause. Das Haus hat die ersten vierzig Paragraphen der Wehrvorlage, darunter in namentlicher Abstimmung mit 322 gegen 113 Stimmen, also mit der verfassungsgemäß erforderlichen Zweidrittelmehrheit die Bestimmung angenommen, durch welche für die nächsten zwölf Jahre das erhöhte Rekrutenkontingent festgesetzt wird. Das Haus hat in namentlicher Abstimmung mit 305 gegen 135 Stimmen die Bestimmung angenommen, durch welche die zweijährige Dienstzeit für die Infanterie, die dreijährige für die berittenen Truppen und die vierjährige für die Kriegsmarine festgesetzt wird. Die Minderheitsanträge der Sozialdemokraten bezw. der künftigen Abgeordneten, durchweg die zweijährige Dienstzeit einzuführen, bezw. für die Kriegsmarine die dreijährige, wurde abgelehnt. Die Bestimmung der Wehrvorlage, daß ein Teil der Mannschaften bei der Infanterie zur Ergänzung des Unteroffizierstandes ein drittes Jahr zu dienen habe, wurde gleichfalls angenommen.

England.

Ein Zwischenfall im Unterhause. Gestern nachmittag kam es im Unterhause im Zusammenhang mit der Frage der Behandlung der Stimrechtlerinnen im Gefängnis und ihrem Hungerstreik zu einem erregten Zwischenfall. Timothy Healy forderte den Premierminister Asquith auf, die Frauenrechtlerinnen, die wegen Einwerfens von Fenstern zu Zwangsarbeit von verschiedener Dauer verurteilt wurden, freizulassen. Sir W. Asquith erwiderte: McKenna habe bereits die Erklärung abgegeben, daß die Gefangenen unverzüglich freigelassen würden, wenn sie versprächen, die Gewalttätigkeiten nicht zu wiederholen. Diese Antwort erregte die Entrüstung der Sozialisten. Lansbury, ein Vertreter des Frauenstimmrechts, stand schreiend und gestikulierend auf und ging von seinem Sitz auf die Ministerbank zu, vor der er stehen blieb und, die Faust schüttelnd, ausrief: „Sie sollten aus dem öffentlichen Leben herausgetrieben werden. Sie sind ein verächtlicher Knecht und werden der Geschichte angehören als ein Mann, der unschuldige Frauen gemartert hat!“ Lansbury klagte stehend abwechselnd die Minister, die große Fassung zeigten, und die Unionisten an. Er rief u. a.: „Sie wissen, daß Frauen ein Verprechen nicht geben können. Es ist nicht ehrenhaft, es von ihnen zu fordern.“ Schließlich kehrte Lansbury zu seinem Platz zurück, der Sprecher befahl ihm das Haus für den Rest der Sitzung zu verlassen. Lansbury weigerte sich, indem er erklärte, er gehe nicht, während diese unwürdigen Dinge geschähen. Der Sprecher wiederholte seinen Befehl mit Nachdruck. Crooks, Mitglied der Arbeiterpartei, forderte Lansbury auf, dem Befehl zu gehorchen. Dieser Rat wurde ihm auch von anderen Mitgliedern der Arbeiterpartei gegeben. Der Sprecher wiederholte seinen Befehl zum zweiten Mal und verband damit die Warnung, daß, wenn seinem Befehl nicht Folge geleistet werde, Gewalt angewendet werden würde. Lansbury gab dem Drängen seiner Kollegen nach und verließ das Haus. Damit war der Zwischenfall erledigt.

Amerika.

Mexikanische Kriegsflotten. Aus der Stadt Mexiko wird gemeldet, die Bundesruppen hätten nach der Schlacht bei Huixtla vorige Woche 200 Aufständische an den nächsten Bäumen aufgehängt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 26. Juni.

Die Meister vom Backtag, die dem Zweigverband Norden des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen "Germania" angehören, waren am 24. und 25. Juni in Altona zu einer Tagung zusammengetreten, zu der auch die Lübecker Innungsmeister Delegierte gesandt hatten. Es ist noch nicht einmal vorgekommen, daß auf solchen Zusammenkünften der zünftlerischen Brauer ein fortschrittlicher Geist geherrscht hat, und auch diesmal gab es keine Ausnahme von der Regel. Rückwärts! lautete die Parole, die von allen Rednern ausgegeben wurde, einerlei zu welchem Thema sie sich äußerten. Unser Hamburger Bruderblatt bringt folgenden Bericht über den Bäcker-Innungsstag: Nielsen-Dufum referierte über die Erweiterung der Sonntagsruhe und die Bestrebungen des Bundes der Bäcker-Gesellen zur Erlangung des gesetzlichen Bäckerverbotes. Er hielt eine Erweiterung der Sonntagsruhe für eine schwere Gefährdung des Handwerksbetriebes im Bäckergewerbe. Den freien Wochentag könne man auch nicht zugewinnen. Es müsse schon jetzt dagegen protestiert werden, durch eine Änderung der Gewerbeordnung solche Bestimmungen gesetzlich einzuführen. Hinemann-Hamburg hoffte, daß die "meistertreuen Gesellen" sich auch in Zukunft gegen die sozialistischen Bestrebungen verschließen werden. Aber ihre Wünsche auf den gesetzlichen Ruhetag müßten doch zurückgewiesen werden. Glücklicherweise hätten die Behörden bei der Durchführung des Maximalarbeitstages oft ein Einsehen und nähmen es nicht so scharf. Wenn aber noch weitergeschritten werde mit der Sonntagsruhe und der Verkürzung der Arbeitszeit, dann werde der Großbetrieb immer mehr an die Stelle des Kleinbetriebes treten. Auch Knoch-Hamburg konstatierte, daß diese Bestimmungen der Arbeitszeit und -durchführung seien, wenn sie nicht dem Gewerbe großen Schaden, ja sogar Vernichtung bringen sollten. Über die Jugendbewegung referierte Dr. Müller, der Assistent bei der Hamburger Gewerkekammer. Wenn er auch durchaus im Sinne der Zünftler sprach, so zeigten diese doch recht wenig Interesse für seine Ausführungen. Schon nach wenigen Minuten ertönten beständige Schlußrufe und der Saal leerte sich bedenklich. Dr. Müller sprach von den Bestrebungen der Junglings- und christlichen Lehrvereine usw. Er erwähnte die sog. preussische Jugendpflege in den Fortbildungsschulen, die Jugendwehr und andere derartige Einrichtungen. Tief beklagte er, daß der christliche Geist, der einst die Familien zusammenhielt, verschwunden sei. Schon die Kinder lernten Verbitterung und Unzufriedenheit kennen und auch den Haß gegen den, von dem sie einst ihr Brot erhalten sollten. Paltlose Menschen würden vielfach geüchelt, die die Freiheit gepachtet zu haben glauben. Das werde durch die "sozialdemokratischen Jugendvereine" und die "Arbeiterjugend", die schon jetzt ihr Gift in 60 000 Herzen ausgießt, noch gefördert. Da müßten Garantien geboten werden, daß die Jugend wieder zu Männern erzogen werde, die für die heiligsten Güter der Nation eintreten. Er empfahl dazu Maßregeln, die in folgender Resolution niedergelegt sind: "Der am 24. Juni 1912 in Altona tagende Verbandstag des Bäckereinnungs-Zweigverbandes Norden richtet an alle Lehrmeister das dringende Ersuchen, auch dem Tun und Treiben ihrer Lehrlinge in ihrer freien Zeit und außerhalb des Hauses und der Arbeitsräume mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Vor allem ist darauf zu achten, die Lehrlinge von Organisationen und Veranstaltungen fernzuhalten, deren Tendenz dahin geht, in jedem Arbeitgeber einen Ausbeuter zu erblicken. Durch eine derartige Vereinstellung der jugendlichen Gemüter wird das unbedingt notwendige Vertrauen des Lehrlings zu seinem Lehrmeister erschüttert und dem Lehrling die unerlässliche Voraussetzung für eine tüchtige Ausbildung — Lust und Liebe zu dem erwählten Beruf — genommen. Es muß deshalb in alle Lehrverträge die Bestimmung aufgenommen werden, daß dem Lehrling der Beitritt zu Vereinen oder Organisationen ohne die Zustimmung des Lehrmeisters nicht gestattet ist." Weiter wurden dann noch eine Reihe interner Fragen erörtert. So sprach man über den gemeinsamen Hebesatz durch Einkaufsvereinigungen. Das Hebesatzteil zahlt für jedes Pfund gekaufter Hefe ein Zehntel Pfennig an die Zentralkasse und ein Zehntel Pfennig an die Bezirkskassen der Germania-Innungen. Es wurde angeregt, diese Gelder zu einem Fonds für Lohnkämpfe aufzusammeln. Bei der Frage der Gesellen- und Meisterprüfung wurden natürlich ausgeprägte zünftlerische Bestrebungen laut, ebenso bei dem Punkte Handwerks- oder Fabrikbetrieb? Freilich ist man sich anscheinend darüber klar, daß die Entwicklung zum Fabrikbetrieb nicht mehr aufzuhalten ist. Interessant waren dann die Ausführungen des Obermeisters Wobbe über den Arbeitgeberschutzverband im Bäckergewerbe, den Schutz der Arbeitswilligen, die Haftung gegenüber dem Boykott und die Bedeutung der Tarifverträge. Er warnte die Meister an den kleineren Orten davor, den Lohnbewegungen zu wenig Bedeutung beizulegen. Der Redner wies auch darauf hin, daß in Magdeburg jetzt die Innung ein neues Machtmittel ergriffen hat. Danach können selbst Zwangsinnungen, die das Verhandeln mit den Gesellen abgelehnt haben, gegen die Meister mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. Tag für Tag vorgehen. Und auf eine Beschwerde hin sind diese Strafen vom Magistrat bestätigt worden. Wir haben da ein scharfes Zwangsmittel in der Hand und die Behörden stehen hinter uns", konstatierte der Redner. Zugleich aber geht er gegen das Streitpostenfischen usw. vor. Von Tarifverträgen hält er nichts. Sie bedeuten nur eine einseitige Festlegung der Innungen. Er schlägt folgende Resolution vor: "Die fast bei jedem Streit folgenden Ausschreitungen der Streitenden und namentlich der von diesen ausgestellten Streitposten gegen Nichtstreikende beweisen, daß die Arbeitswilligen gegen Belästigungen, Bedrohungen und Mißhandlungen nicht genügend geschützt sind. Es muß deshalb geeigneter Schutz gefordert werden. Dieser Schutz kann aber durch die jetzt bestehenden polizeilichen Maßnahmen deshalb nicht gewährt werden, weil die Polizei in der Regel erst eingreift, wenn die Voraussetzungen für dieses Eingreifen: Belästigung, Bedrohung und Mißhandlung Arbeitswilliger bereits erfolgt ist, wenn also das, was verhindert werden soll, schon ausgeführt ist. Sollen diese unbehaltbaren Zustände beseitigt werden, so ist das vorherige Eingreifen erforderlich. Um dies zu ermöglichen, ist durch eine baldige Regelung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere durch ein gesetzliches Verbot des Streitpostenfisches dafür zu sorgen, daß auch dem einzelnen, der arbeiten will, Sicherheit für Leben und Gesundheit gewährleistet wird. Ebenso, wie es jedem Arbeiter freisteht, sich an einem Streit zu beteiligen, muß es auch jedem freistehen, einen abweichenden Standpunkt einzunehmen, ohne deshalb Gefahren für Leben und Gesundheit ausgesetzt zu sein." Ein Korreferat über die Frage hielt Hinemann-Hamburg. Die Entwicklung bei den Buchdruckern müßte einen bange machen. Auch in Hamburg besteht jetzt kein Tarifvertrag mehr, und die Meister seien wieder Herr im Hause. Bei Boykotts sei von einem gesetzlichen Schutz nicht die Rede. Es müsse dafür gelorcht werden, daß sich die Boykottprozesse

schneller abwickeln, und versucht werden, die Verbände selbst haftpflichtig zu machen. Erst kürzlich sei in Amerika ein Verband zu einer hohen Strafe verurteilt worden. "Diese idealen Zustände im freien Amerika sollte man endlich auch im freien Deutschland haben." Er schlägt folgende Ergänzungsresolution vor: "Der Verbandstag erblickt ferner in der durch den Boykott verursachten wirtschaftlichen Vernichtung des gewerkschaftlichen oder politischen Gegners ein Kampfmittel brutalster Gewalt und eine Handlung verwerflicher Art. Er fordert aus diesem Grunde scharfe und präzisere Strafbestimmungen zur Beseitigung dieses Kampfmittels. Solange solche Bestimmungen nicht bestehen, sind vor allem unwahre Angaben, die in mündlicher oder schriftlicher Form verbreitet werden, auf das strengste zu bestrafen, auch, wenn sie in gutem Glauben gemacht werden. Wer die scharfe Waffe des Boykotts in Anwendung bringt, ist verpflichtet, sich auf das genaueste zu informieren, ob Behauptungen, die in ihrer Wirkung darauf berechnet sind, einzelne Gewerbetreibende oder auch einen größeren Kreis erwerbstätiger Personen auf das empfindlichste zu schädigen, der Wahrheit entsprechen. Um die Verbreiter von Unwahrheiten für den dadurch verursachten Schaden haftpflichtig zu machen, ist es notwendig, die Vereinigungen oder Organisationen, in deren Auftrag oder Interesse sie verbreitet werden, zur Ersatzpflicht heranzuziehen, da sonst durch vorgeschobene mittellose Personen der Wert gerichtlicher Entscheidungen illusorisch gemacht wird. Des Weiteren ist das gerichtliche Verfahren auf diesem Gebiete möglichst zu beschleunigen, weil nur durch eine rasche Erledigung die beabsichtigte Wirkung erzielt werden kann." Nach längerer Debatte wurden die beiden Resolutionen angenommen. Nach einem kurzen Referat von Nielsen-Hamburg wird auch noch folgende Resolution über die Unfallversicherungspflicht angenommen: "Die am 24. Juni 1912 in Altona versammelten Delegierten des Bäckereinnungs-Zweigverbandes Norden" erklären sich gegen die Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht auf alle Bäckereibetriebe. Sie erklären darin eine neue Belastung der durch die jüngste Ausdehnung und Erweiterung der sozialen Gesetzgebung ohnehin schon schwer belasteten Kleinbetriebe. Nach der letzten Aufstellung gehören nur circa 10 Proz. der gesamten Betriebe der Berufsgenossenschaft an, und es erscheint deshalb als ein Akt sozialer Ungerechtigkeit, den übrigen 90 Proz. der kleinen und kleinsten Betriebe Verpflichtungen aufzuerlegen, durch die in der Hauptsache nur eine Minderheit besser gestellter und leistungsfähiger Betriebe entlastet würden."

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Beabsichtigte Fischverteuerung. In der letzten Versammlung des Lübecker Fischereivereins wurde ein Zoll auf Plattfische und Dorsch gefordert. Veranlassung dazu gab der Umstand, daß auf dem hiesigen Fischmarkt die dänische Scholle als starker Konkurrent auftritt, die wesentlich größer und nicht teuer als die in der Ostsee gefangene Scholle ist. Die hiesige Ware kommt zwar frischer auf den Markt, weil die dänischen Fische in Eis verpackt hier ankommen, aber ein großer Teil des Publikums zieht die Quantität der Qualität vor. Der Einführung eines Zolles auf diese Fische wurde von den verschiedensten Rednern energisch widersprochen, da man ein wichtiges Nahrungsmittel nicht durch Zölle verteuern dürfe, und die Befürwortung eines solchen abgelehnt. Die Angelegenheit soll aber eine siebenköpfige Kommission weiter verfolgen. Aber verschiedene Erlaube an den Deutschen Seefischereiverein, z. B. daß dieser Nordseescholle, Lachs und Meeresforellen in die Nordsee ausführen und eine einheitliche Grenze für die Hochseefischerei festlegen möge, soll in der nächsten Versammlung verhandelt werden. — Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, die Zollpläne des Fischereivereins, die auf nichts anderes als eine Vertheuerung der Seefische hinauslaufen, sorgsam Obacht zu geben, und sich mit aller Entschiedenheit dagegen zu wenden.

Eine eigenartige Entscheidung fällt gestern das hiesige Gewerbegericht in einer Klagesache gegen die Stauerfirma Kreplin u. Hoyer. Über die Verhandlung geht uns von unserem R.-Berichterstatler folgender Bericht zu: Gegen die Firma Kreplin u. Hoyer klagten achtzehn Hafendarbeiter auf Zahlung von 78,75 Mk. für 105 Arbeitsstunden. Die klagenden Schauerleute sollten nämlich einen Dampfer mit Kohlen laden. Sie mußten aber mitten in der Arbeit inne halten, da keine Schuten zum Bergen der Kohlen vorhanden waren. Gegen ihren Willen mußten sie also auf einige Stunden die Arbeit einstellen. Diese Stunden, in denen sie doch ohne ihr Verschulden brach lagen, bezahlte ihnen die Firma Kreplin u. Hoyer nicht. Nach einem Lohnvertrag, den die Schauerleute mit dem Reedereiverein abgeschlossen haben, sollen ihnen diese Stunden aber erloht werden. Da die Firma Kreplin u. Hoyer aber nicht dem Reedereiverein angehört, so kann sie nach Ansicht des Gerichts auch nicht gezwungen werden, den Tarif anzuerkennen. Die Kläger beriefen sich ferner auf einen Vertrag vom 1. Januar dieses Jahres, den die Kohlenarbeiter mit den Kohlenfirmen abgeschlossen hatten. Aber auch dieser ist nach der Ansicht des Gerichts nicht maßgebend, da es sich hier um Schauerleute handelt. Die Klage wurde infolgedessen abgewiesen.

Diese Entscheidung muß jeden Kenner der Verhältnisse am Lübecker Hafen recht sonderbar anmuten. Der Reedereiverein schließt mit dem Deutschen Transportarbeiterverband einen Tarif ab. Seine Mitglieder vergeben aber die Arbeit nicht direkt an die Hafendarbeiter, sondern an Stauer. Letztere gelten also rechtlich als Beauftragte der einen Tarifpartei. Folglich gelten die Bestimmungen des Tarifes für sämtliche von den Stauern im Auftrag der Mitglieder des Reedereivereins zu vergebenden Arbeiten. Dieser Zustand ist auch jahrelang Usus in Lübeck gewesen. Die Stauer haben stets ohne weiteres die im Tarif festgesetzten Lohnsätze bezahlt. Das alles aber verfuhr das Gericht nicht. Nach dieser Entscheidung brauchen sich also die Stauer, aber auch die Hafendarbeiter nicht um den Lohnvertrag zu kümmern. Er schwebt für beide in der Luft. Ferner muß es recht eigenartig berühren, wenn das Gericht erklärt, daß der Tarif der Kohlenarbeiter nicht für Hafendarbeiter gelte. In dem mit dem Reedereiverein abgeschlossenen Hafendarbeitervertrag wird ausdrücklich auf den Kohlenarbeitervertrag und dessen Bestimmungen Bezug genommen, soweit Hafendarbeiter Kohlenarbeit verrichten. Bisher ist auch stets in solchen Fällen nach dem Kohlenarbeitervertrag bezahlt worden. Die beklagte Firma hat das auch zugegeben. Und trotzdem stellte sich das Gericht auf den entgegengelegten Standpunkt. Das Urteil des Gewerbegerichts kann angefochten

dieser Sachlage nur als ein Fehlspruch bezeichnet werden.

R. Wie Arbeiterinnen ausgenutzt werden. Wegen Bergehens gegen die Gewerbeordnung hatten sich gestern vor dem Schöffengericht der Kaufmann Pa., der Inhaber eines Buggeschäfts in der Breiten Straße, sowie dessen Ehefrau vor verantworten. Der Angeklagte war nicht erschienen, wohl aber seine Frau, die zugab, 10-12 Putzarbeiterinnen des Sonnabends in den Monaten April und Mai d. J. nach 5 Uhr und auch an vier Sonntagen von morgens 8 Uhr bis mittags 1 Uhr beschäftigt zu haben. Sie habe aber geglaubt, dazu berechtigt zu sein. Die Gewerbeordnung schreibt aber vor, daß Arbeiterinnen über 16 Jahre täglich nicht mehr als 10 Stunden und an den Tagen vor den Sonn- und Festtagen nicht mehr als 8 Stunden und nur bis 5 Uhr nachmittags und Sonntags überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen. Diese Gesetzesbestimmungen haben die Angeklagten völlig ignoriert. Der Sachverhalt lag auch wesentlich anders, als ihn die Angeklagte Pa. angab. Die Angeklagte hat schon im Monat März jeden Sonnabend bis gegen 10 und 10 Uhr arbeiten lassen und nicht nur 10 bis 12 Arbeiterinnen, sondern fast alle, also gegen 20 und mehr. Selbst den minderjährigen weiblichen Angestellten befahl sie, länger zu arbeiten und den älteren drohte sie, wenn sie nicht Sonntags kommen würden, diese Tage vorr Gehalte abzuziehen. Der Angeklagte Pa. hatte polizeiliche Erlaubnis eingeholt, an vier Tagen in der Woche morgens von 7-8 Uhr und abends von 8-9 Uhr arbeiten zu können! Das sind 12 Stunden pro Tag! Die Gewerbeordnung schreibt jedoch nur 10 Stunden Maximalarbeitszeit vor. Der Verteidiger, der dem Angeklagten Pa. zur Seite stand, meinte u. a., daß § 137 der Gewerbeordnung in Betracht käme, da es sich um einen Fabrikbetrieb handele. Weiter ließ er den Angeklagten Pa. auch anführen, daß nur bestellte Arbeit erledigt würde, aber keine Stapelware und außerdem würden im Geschäft überhaupt keine Putzformen hergestellt. Dabei sind die Angestellten beauftragt worden, des Sonntags Kinderhüte anzufertigen. Einen besonderen Anstrich erhält diese Angelegenheit noch durch die Tatsache, daß die Gehälter, die die Firma Pa. zahlt, bedeutend geringer sind als bei anderen Firmen. Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen und noch weitere Zeugen zu laden. Außerdem soll der Angeklagte Pa. selbst erscheinen. Dagegen brachte der Verteidiger verschiedene Gründe vor. Er sprach von übergroßer Nervosität des Angeklagten usw. Der Angeklagte soll demnach so nervös sein, daß er sich noch nicht einmal vor dem Gericht verantworten kann. Er wird es aber doch müssen.

R. Schöffengericht. Sitzung am 25. Juni. Der Viehhändler L. hatte ein Strafmandat über 5 Mk. erhalten. Er war nämlich auf dem Schienenstrang der Straßenbahn in der Moiskinger Allee entlang gefahren, und als ein Motorwagen hinter ihm her kam, war er trotz des Läutens nicht zur Seite gefahren. L. beantragte gerichtliche Entscheidung und gab an, das Läuten nicht gehört zu haben, da sein Wagen beim Fahren zu großen Lärm verursache. Das Gericht verwarf seine Berufung mit der Begründung, daß ein Wagen die Gleise der Straßenbahn meiden muß.

Das Schwurgericht, dessen Verhandlungen wie bereits von uns mitgeteilt, am 1. Juli beginnen, wird voraussichtlich folgende Fälle abzurteilen haben: Am 1. Juli: gegen 1. die Ehefrau Schaeper, 2. die Ehefrau Bohnsack und 3. den Heilgehilfen Hoffmann von hier wegen Verbrechen gegen das keimende Leben, am 2. Juli gegen den Fischer Uermerd zu Lübeck wegen Sittlichkeitsverbrechens; am 3. Juli gegen den Buchhalter Jacobson aus Schleswig wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Versuch der Brandstiftung.

Das für den kommenden Sonntag für den Besuch des Lustschiffes "Viktoria Luise" in Aussicht genommene Programm ist das Nachfolgende: Abfahrt ab Hamburg morgens etwa 7 Uhr. Landung entweder in Lübeck oder Travemünde etwa 9 Uhr. Wiederaufstieg — je nach der Witterungsverhältnisse — zwischen 10 und 11 Uhr zur Begleitung der Regatta vor Travemünde. Der Fahrpreis wird wie folgt sein: Für die Fahrt von Hamburg nach Lübeck resp. Travemünde 200 Mk. pro Person. Für die Fahrt zur Begleitung der Regatta, welche bekanntlich von erheblicher längerer Dauer sein wird als diejenige von Hamburg nach hier oder Travemünde, 300 Mk. pro Person und für die Rückfahrt nach Hamburg wieder 200 Mk. pro Person.

Hamburg. Zum Mord und Selbstmord in der Gathensstraße, über den wir schon gestern kurz berichtet haben, wird nachträglich noch gemeldet: Als die durch die Nachbarn herbeigerufenen Schutzleute in die Wohnung des Mörder eingedrungen waren, fanden sie den 45 Jahre alten M. im Bette tot auf. M. hatte, nachdem er erst die Ehefrau regel erschossen, sich selbst einen Schuß in die rechte Schläfe beigebracht. Er war aber nicht sofort tot, sondern raffte sich noch auf, um sich an einem seiner Kostenträger zu erdröhnen. Die ist gleich durch den ersten Schuß getötet worden. Nach den Umständen zu urteilen, hat M. die Tat mit völliger Überlegung und mit dem Einverständnis der W. begangen, denn man fand am Eingang der Wohnung auf dem Korridor einen Kasten, in dem sich sämtliche Legitimationspapiere der beiden Erschossenen befanden.

Schwarzenbeck. Über ein schweres Automobil-Unfall wird folgendes gemeldet: Auf der Chaussee von Schwarzenbeck nach Bergeborf stieß in der Nähe Schwarzenbecks das Automobil des Fuhrwerksbesizers W. a. aus Wandsbeck mit einem Dogcart zusammen, auf dem zwei Personen saßen. Der Führer und Besitzer des Automobils flog mit dem Kopfe gegen einen Baum und erlitt eine schwere Kopfverletzung. Der Besitzer des Dogcarts, ein Gutsbesitzer aus Grabow, wurde bei dem Zusammenstoß so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit starb. Der zweite Insasse erlitt leichtere Verletzungen. Die Verwundeten und die Leiche schaffte man auf Anordnung eines herbeigeholten Arztes nach Schwarzenbeck. Das Automobil und der Wagen sind total zertrümmert worden.

Apenrade. Tödliche Unfallfälle. Montag abend ist der Amtsvorsteher und Hofbesitzer Hinrichsen in Osterper tödlich verunglückt. Er kehrte mit seiner Frau und seinem Sohne von einer Spazierfahrt zurück, das Pferd schaute und der Wagen stieß gegen eine Telegraphenstange. Hinrichsen wurde auf die Straße geschleudert und erlitt dabei einen schweren Schädelbruch; er starb auf der Stelle. Der wittertschaden. Das Montag früh über Nordschleswig sich hinziehende schwere Gewitter hat stellenweise großen Schaden verursacht. Der bei Arrild belegene Hof Röhberg wurde vom Blitz getroffen und total eingestürzt. Dabei wurde auch der Hof des Landmanns Rosenlund in Dönnina ein Raub der Flammen. Das Vieh wurde in beiden Fällen gerettet.

Kirchwarder. Vom Blitz erschlagen. Bei dem Gewitter in der Nacht auf Montag entzündete ein Blitz die einsam am Kirchwarder Durchweg liegende Stintenburg, ein Bauerngehöft des Landmanns Hinrichsen Neben in Kirchwarder-Seeßelb. Der langjährige Pächter des Hofes, der 58jährige Landmann Heinrich Gmmen, war wegen des Ge-

mittels aufgestanden und hielt sich in der Nähe des Raschens auf, neben dem eine Erntemaschine stand. Er wurde vom Blitz getroffen und auf der Stelle getötet. Die Leiche war völlig geschwärzt; sie konnte von Frau und Kind des Geschlagnen geborgen werden. Das Wohn- und Wirtschaftsgelände, ein mit Stroh eingedeckter Fachwerkbau, brannte über; sieben Hegen kamen in den Flammen um; die Schweine konnten gerettet werden. Einige benachbarte Nebengebäude des Gehöfts waren vom schweren Gewitterregen eingeweicht und blieben vom Feuer verschont. — Ein zweiter Blitz fuhr in das neue Wohnhaus des Schmieds über von Kirchwälder-Stubenweg. Er berührte fast sämtliche Räume im Hause, nur nicht die Schlafstube, in der sich die Hausbewohner aufhielten. Nachdem er mehrfach Dach, Mauern und Türen durchschlagen hatte, verließ er das Haus, ohne gezündet zu haben.

Lübbeen. Ein Schacht der Kallialzbergwerke Jessen ist erschaffen. Die mecklenburgischen Kallialzwerke Jessen teilen mit, der Schacht und die Grubenbaue sind vorläufig in Folge plötzlicher starker Vermehrung der Laugenzufüsse innerhalb weniger Stunden erschaffen. Der Wasserpegel im Schacht steht auf etwa 40 Meter unter Tage. Die Tagesoberfläche in der Nähe der Schachtanlagen weist bisher keine wesentlichen Senkungen

auf. Auf der ganzen Gewerkschaft Friedrich Franz sind in unmittelbarer Nähe der Gebäude fünf bis sechs Boden-einstürze und Senkungen erfolgt. Das Maschinenhaus und das Haus für die Elektrizitäts-Zentrale neigten sich bedenklich. Das Gemäuer zeigt Risse von fünf bis zehn Zentimeter. Auch diese Gewerkschaft hat vorläufig die Förderung einstellen müssen. Der Spiegel des etwa 1 1/2 Quadratkilometer großen Sees in Probst-Jesar ist seit vorgestern mittag um dreißig Zentimeter gefallen und hat sich, wenn auch langsam, noch weiter gesenkt. Vorläufig nach und heute morgen erfolgten wieder verschiedene Erdstöße.

Sandebenen. Eine Feuersbrunst vernichtete gestern nachmittag vier Gebäude, und zwar das große Bauernhaus des Vollhufners Lötting, das Wohnhaus des Kaufmanns Lötting sowie eine Kate und einen Stall. Das Vieh konnte größtenteils gerettet werden; ein Pferd verbrannte leider.

Vegeack. Zwei Menschenleben vernichtet. Am Sonntag früh unternahm zwei Arbeiter von der Strandluft aus eine Ruderpartie auf der Weser, von der sie nicht wieder zurückkehren sollten. Als sie gegen 10 1/2 Uhr in die Nähe des Bremer Vulkan kamen, begann plötzlich das Boot auf bisher unaufgeklärte Weise zu sinken. Beide Insassen schrien laut um Hilfe, doch war es leider nicht mög-

lich ihnen Rettung zu bringen. Sie gerieten in die Strömung und waren bald ein Opfer der Fluten geworden. Die beiden Verunglückten sind der 87 Jahre alte Arbeiter Dopp und der 20jährige Kesselschmied Otto Hilbrich.

Bremerhaven. Die Schwester im Scherz erschossen. Montag abend hat der 21jährige Sohn der hier wohnhaften Eheleute Mansen aus Unvorsichtigkeit seine 19jährige Schwester mit einem Leßling erschossen. Er war im Begriff, die Waffe zu reinigen, legte dabei im Scherz auf seine Schwester an und gab den verhängnisvollen Schuß ab. Er wurde in Haft genommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Komitee- und Kommissionssitzungen

Jugendauskunft.
Donnerstag abend 7 1/2 Uhr präz.
Außerordentlich wichtige Sitzung
im Parteisekretariat. (1480)

D. M. V.
Donnerstag, den 27. Juni,
abends 8 1/4 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52
Komitee-Sitzung
zum Sommerfest. (1470)

Deutscher Transportarbeiterverband

Obmännersitzung
Donnerstag, den 27. Juni 1912
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Verbandsbüd erroc. sind mitzubringen

Statt besonderer Anzeige.
Am Dienstag morgen entschlief sanft nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater
Johann Koch
im 63. Lebensjahre.

Dies betrauert von den Seinen.
Marie Koch, geb. Arndt,
und Kinder.

Lübeck, den 26. Juni 1912.
Helenenstraße 10. (1472)
Die Trauerfeier findet am Freitag, den 28. Juni, vormittags 9 1/4 Uhr, in der Kapelle Burgtor statt.

Dankagung.
Für bewiesene Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, insbesondere Herrn Pastor Güge für seine trostreichen Worte unsern innigsten Dank.
(1473)
Carl Thesenvitz und Frau.

Ein freundliches Logis zu vermieten
Wohlfahrtsstraße 6, II. (1478)

Logis zu vermieten
(1461) Gländorpstraße 14
Gesucht zum 1. Juli (1463)

ein ordentl. Mädchen
Beim Metteich 16.

Billeg 1 gr. Kinderwagen m. G. 1 Kinderstuhlfuß, 1 Sommerwagen. (1466) Henschel, Scharnhorststraße 3.
Zu verkaufen ein Kinderwagen mit Nadelstern und Sommerwagen (1457) Gländorpstraße 40, I.
Zu verkaufen mehrere gute halt.

Grads
(1468) Sundstraße 50, st.

1 Senger-Turnschuhmaschine, 2 Paar. (1469) Henschel, Scharnhorststraße 3.
Zu verkaufen ein Kinderwagen mit Nadelstern und Sommerwagen (1457) Gländorpstraße 40, I.
Zu verkaufen mehrere gute halt.

Grads
(1468) Sundstraße 50, st.

1 Senger-Turnschuhmaschine, 2 Paar. (1469) Henschel, Scharnhorststraße 3.
Zu verkaufen ein Kinderwagen mit Nadelstern und Sommerwagen (1457) Gländorpstraße 40, I.
Zu verkaufen mehrere gute halt.

Karl Nielsch, Korbmach.
Wohlfahrtsstraße 7, empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorf. Arbeiten.
Soh- und Korbwaren in Häuten und in Leinwand, auch in- und ausländisch, grünes, sehr haltbar. (1462) C. Kahns, Waggstraße 5.

In wöchentlichen Raten
von
1 Mk.
an
moderne Damen-Konfektion
Kostüme, Blusen, Kostümröcke, Jacketts, Mantel usw.
Elegante Herren-Garderobe
Knaben- und Mädchen-Kleidung
Kaufhaus S. Ittmann
Breite Straße 33, I. (1475)

Gut und billig werden
Strümpfe gestrikt
1459 Mittelstraße 10.

Angezielter jeder Art verfertigt unter Garantie
F. Kröger, ton. u. gepulv. Kammerjäger, Kupferschmiedestr. 12, II. (1477)

Ausgestämmtes Haar
mit gefärbt (1282)
Damen-Frisier-Salon,
Breite Straße 54.

Achtung!
Einlege-Heringe 3 Stk 10 Stk
(1454) Heinrichstraße 38.

la. fr. Kopf u. Bein per Pfd. 20.-
la. fr. Kochrippen per Pfd. 30.-
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16. (1465)

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungsmitteln und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksk.
Johannisstraße 46.

Kufek eine bewährte **Krankenkost** für Erwachsene bei Störungen der Verdauung, bei Schwäche u. Appetitlosigkeit

Der Wahre Jacob
Illustr. humoristisch-satirische Zeitschrift mit einer Unterhaltungsbeilage. Redigiert von B. Heymann.

„Achtung Schwartau!“
Öfftl. Volksversammlung
am Donnerstag, dem 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr,
im Gasthof Transvaal.

Zweck und Ziel der Abstinenz (Vortrag)
Referent: **Ernst Diez** (Lübeck).
Freie Diskussion.
Einberufen vom **Arbeiter-Abstinenz-Bund.**
Ortsgruppe Lübeck.

Konzerthaus Fünshausen.
heute Mittwoch: **Tanzkränzchen.** (1467) W. Neß.

Der große Umsatz in Arbeiter-Garderoben, welchen ich seit der kurzen Zeit des Bestehens meiner Firma zu verzeichnen habe, ist ein Beweis, daß die Arbeitergarderoben von mir gut und billig sind. Meine Hauptpreislagen sind:
(869)
Leder-Hosen 2.45 2.95 3.65 4.—
4.25 4.75
Schlosser-Hosen 1.40 1.78 2.40
Schlosser-Jacken 1.50 1.95 2.40
Kajen 1.20 1.35 1.65 1.85 2.00 2.15
Westen . . . 1.95 2.25 2.45 2.65
in Leder, Zwirn und Buckskin.
Stroh Hüte 28 48 68, für Herren
78 95 115 135, Mützen 30 35 50
68 85 108 125 135 bis 225 Pfg.
Arbeiter-Hemden 1.15 1.65 1.78
1.85 2.— 2.25
Maurer- u. Zimmerer-Hosen von der Firma M. Mosberg in großer Auswahl zu Original-Preisen am Lager.
JOHANNES HOLST
Rohlsmarkt 6 und Markt 6.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

„Plättwol“
gesetzlich geschützte Holzkohlen-Packung D. R.-G.-M. 437 778.
Engros-Vertrieb von
E. Braunschweig
Gegründet 1871.
Fleischhauerstr. 27
207) Fernsprecher 1357.

Zentral-Hallen
Dankwardtstraße 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.
109)

Hansa-Theater.
Gastspiel
Hamburger
Intimes Theater.
Neue Schlager:
Pariser Stubenmädchen
Die konfiszierte Venus
Reznicek-Album
Drei Mädels aus Newyork
Anfang 8 1/2 Uhr. (1471)

Die russischen Flottenrüstungen und der imperialistische Kurs.

1. Neue Tendenzen in der russischen Rüstungspolitik.

Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß die neuen Anzeichen einer revolutionären Massenbewegung im Zarenreiche zeitlich zusammenfallen mit verstärkten Rüstungen und einer größeren Aktivität der russischen Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Hier wie dort treten dieselben Tendenzen in Erscheinung, die einerseits den japanischen Krieg, andererseits die Revolution heraufbeschworen: auf dem einen Pole — gewaltige Eroberungspläne, Heeres- und Marinerrüstungen, Forderungen einer kräftigen imperialistischen Politik, Anzettelung internationaler Schwierigkeiten und Konflikte; auf dem anderen Pole — Sammlung der revolutionären Kräfte, Politisierung der breiten Volksmassen, Verschärfung der Klassenkämpfe und Suspension der gesamten inneren Lage.

Nach dem Zusammenbruch der russischen Militärmacht und der Vernichtung der Flotte im japanischen Kriege galt die „Regeneration“ der Armee und der Flotte als die wichtigste Aufgabe der konterrevolutionären Regierung. Die geschlagene Armee hatte zwar noch zur Not ausgereicht, die revolutionäre Erhebung der Arbeiter und der Bauern niederzumerzen, und die vor dem Feinde geflüchteten Generäle (Orlow, Rennenkampf u. a.) verübten „Wunder der Tapferkeit“ gegenüber dem mehrfachen Volke — aber als Großmacht war das besiegte, innerlich zerrüttete Rußland aus der Weltpolitik ausgeschaltet. Es galt zu dieser Zeit als oberster Grundsatz der Regierung und der herrschenden Parteien, allen äußeren Konflikten aus dem Wege zu gehen, die vorhandenen Kräfte nach innen zu konzentrieren und auszubauen, und durch Anschluß an die neu gebildeten Mächtegruppen den Eingang in die internationale Politik zu erlangen. Die Hebräische Unterstützung des westeuropäischen Vorkapitals lieferte dem Zarismus die Möglichkeit, diesen Aufgaben mit großer Energie nachzugehen, während der deutsch-englische Gegensatz ihm sehr bald zu einer einflussreichen Rolle in der internationalen Politik verhalf. Parallel damit ging eine ähnliche Entwicklung im Inneren vor sich. Das Großbürgertum, das neben dem Sinkertum starken politischen Einfluß erlangt hatte, sah in der Stärkung der Militärmacht seine erhabenste politische Aufgabe, einmal, um seinen Einfluß in der Armee zu verankern und ihre Vormachtstellung dem „inneren Feinde“ gegenüber zu bewahren, andererseits, um sich an den Rüstungen zu bereichern und gestützt auf die Armee auf neuen kolonialen Raub im nahen und fernen Osten auszugeben. Auch das oppositionelle Kleinbürgertum geriet sehr bald in das Fahrwasser des Militarismus und Imperialismus, und seine politische Vertretung, die Kadettenpartei, bewilligte nicht nur den Militäretat und das Heereskontingent, sondern machte auch als „Er. Majestät Opposition“ fast die gesamte Auslandspolitik des Zarismus mit.

Vorderhand wurde die Hauptaufmerksamkeit auf die „Reformierung“ der Heeresorganisation, auf den Bau neuer strategischer Bahnen, auf die Verstärkung der Schlagkraft der Armee gerichtet. In den letzten 5 Jahren wurden für die Armee 3262 Millionen Rubel verausgabt, und die strategischen Bahnen, voran die berücksichtigte Amur-

bahn, verschlangen Hunderte von Millionen. Zwar ist die russische Militärmacht auch heute den Weststaaten nicht gewachsen, zwar steht ein guter Teil der grandiosen „Regenerationspläne“ der Armee auf dem Papier und viele Millionen, die der Militarismus vom Volke erpreßt, sind in den weiten Taschen bleiblicher Generale verschwunden, aber an den Verhältnissen nach dem Kriege gemessen ist dennoch ein Fortschritt eingetreten. Mit seiner Friedenspräsenzstärke von 1,4 Millionen und seinem Heeresetat von 543 Millionen Rubel (für 1911) steht Rußland an der Spitze aller Militärmächte. Im Vergleich mit dem Heeresetat hat das russische Marinereffort in dieser Zeit schlecht abgeschnitten. Die Schmach von Tsushima brannte heftiger im Gedächtnis, und die Unfähigkeit und Schlampe des Marinerefforts traten greller zutage als die Korruption des Kriegsministeriums mit seinen Lieferungskandalen und Intendanturprozessen. Das wesentlichste aber war, daß die Konterrevolution es mit neuen Flottenrüstungen nicht so eilig hatte als mit ihren Heeresrüstungen. Allerdings wurden alljährlich neue Kredite für Schiffsbauten gefordert und mit oder ohne Zustimmung der Duma erlangt, es wurde aber der führenden Partei der dritten Duma, den Oktoberisten, nicht allzu schwer gemacht, den „Kampf“ gegen das Marinereffort zum Bruchstück ihres „Konstitutionalismus“ zu machen. Ungeachtet der oktobristischen Flottenopposition stieg der Etat des Marinerefforts mit jedem Jahre: 1907 betrug er 74 Millionen, 1909 94 Millionen, 1911 120 Mill., 1912 160 Mill. Rubel, um nun mit einem Schlage einen gewaltigen Umfang anzunehmen.

Gäbe es keine Sozialdemokratie . .

Warum ziehen die Hunderttausende der stimmberechtigten Staatsbürger und die Millionen der wirtschaftlich Schwachen zur Sozialdemokratie?

Die konservative „Deutsche Reichspost“ gab darauf einmal die treffendste Antwort: „Sie — die Hunderttausende und Millionen — haben den Glauben verloren an den guten Willen und die helfende Kraft der monarchischen Regierungen und der bürgerlichen Parteien. Gäbe es keine Sozialdemokratie, man würde mit uns kegelnd und aufsetzen! — heißt es in diesen erbitterten Volkskreisen.“

Wie stünde es heute mit der Sozialversicherung, wenn nicht die Sozialdemokratie immer und immer wieder gefordert, kritisiert und gekämpft hätte? Wo wäre heute der Arbeiter, wenn er nicht seine Gewerkschaften besäße? Und wer sorgt immer für seine eigenen Taschen, wer verlangt fortgesetzt die Unterdrückung der Arbeiter, und wer hilft mit, solche Gelüste nach Möglichkeit in die Wirklichkeit umzusetzen? Das ist doch eben der bürgerliche Parteienklingel und die Regierung.

Wo ist der gute Wille der Regierung, dem Volke von den drückenden Lasten der indirekten Besteuerung zu helfen? Von 1000 erwerbstätigen Deutschen sind 724 Arbeiter! Wer kümmert sich um ihr Wohl, wer sorgt für sie, wer kämpft und leidet um ihretwillen? Nur die Sozialdemokratie!

Man komme uns nicht mit dem Hinweis auf die Sozialversicherung, die gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen sei. Ist es nicht die Pflicht eines Kulturstaates, Kranke zu pflegen, Arbeitslose zu ernähren, Invaliden zu unterstützen und Alte, die ihr Leben lang ge-

gearbeitet, ausruhen zu lassen! Der Staat tut es heute doch nur, weil die Arbeiter zum Teil direkt, zum anderen indirekt die Lasten der sozialen Versicherung selbst tragen. Die Sozialdemokratie stimmt gegen die „großen“ Sozialgesetze, weil sie noch lange nicht das waren und sind, was sie sein müssen.

Die „helfende Kraft“ des Monarchismus. Ist sie nicht eine Kraft, die Königsworte uneingelöst läßt? Wo bleibt die Wahlreform in Preußen? Ist sie nicht eine Macht, die zu internationalen Gegenjagen, zu Weiterrüsten und Kriegstaumel führt?

Und die helfende Macht, der gute Wille der bürgerlichen Parteien.

Die Konservativen fordern alle Tage, und handeln auch in dem Sinne! — die Arbeiter dürfen keine Rechte bekommen, sie müssen gehorchen, sie dürfen nicht fordern, sie sollen darauf warten, was wir ihnen zu geben gedenken.

Dem Zentrum befehlt der Papst, das Zentrum hat noch bei jeder wichtigen Abstimmung das Volk verraten.

Und die Liberalen? Liberaler, dein Kennzeichen ist umfallen, und dein Denken heißt: Vorsicht, nicht anstoßen. Schnell oder langsam, oft oder weniger oft, umgefallen wird doch!

Soll sich der Arbeiter zwischen Großindustrielle und hohe Staatsbeamte, neben katholische Geistliche und Agrarier setzen, sind sie seine Interessvertreter? Die Frage stellen heißt schon sie beantworten.

Der Arbeiter gehört zur Arbeiterpartei, sie ist ein Teil seiner selbst, es ist keine Partei, für ihn kämpft sie, um ihn stützt sie immer und immer wieder gegen die Reaktion an. Sie kann nicht anders sein, weil sie die Arbeiterpartei, eben die Sozialdemokratie ist!

Und deswegen, Ihr Lauen und Jaghaften, ihr Ausweichenden und ihr Zweifelnden, denkt daran:

Gäbe es keine Sozialdemokratie, man würde mit uns kegelnd und aufsetzen!

Aus der Partei.

Das Strafverfahren gegen Borchardt und Reinert. Den Genossen Borchardt und Reinert ist bereits der Beschluß der Strafkammer auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen sie zugegangen. Borchardt wird beschuldigt, „aus einem abgeschlossenen, zum öffentlichen Dienst bestimmten Raum, in dem er ohne Befugnis verweilte, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt zu haben und in diesem Raum widerrechtlich eingebrungen zu sein.“ Außerdem werden beide Genossen beschuldigt, den Schugleuten, welche zur Vollstreckung von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden berufen sind, in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes durch Gewalt Widerstand geleistet zu haben.“ — Der Antrag der beiden Angeklagten auf Eröffnung der Voruntersuchung wird abgelehnt. Die Strafkammer ist der Meinung, daß keine erheblichen Gründe vorliegen, aus denen eine Voruntersuchung zur Vorbereitung ihrer Verteidigung erforderlich erscheint.

Die Justizbehörden haben offenbar die Absicht, das Strafverfahren gegen Borchardt und Reinert so zu beschleunigen, daß es vor der Entscheidung des preussischen Kammergerichts über die Rechtsgültigkeit der Geschäftsordnung des preussischen Landtages zu Ende kommt. Gegen den Polizeileutnant Kols und seine Schugleute ist Strafantrag wegen Vergehen gegen das Strafgesetzbuch erstattet und zwar wegen Verletzung der Immunität unserer Genossen Borchardt

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von E. Dewitt.

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die Fremde war also nur eine Schneiderin? Eine Schneiderin — ja — aber was für eine Schneiderin! Gab es hier viele solcher Schneiderinnen? Wenn das der Fall war, so mußte es als ein Wunder erscheinen, daß sich nicht ein ständiger Strom von Dichtern, Schriftstellern, Malern und müßigen jungen Leuten nach Stepmey Green ergoß. Mit großer Genugtuung bemerkte Harry weiter die Gegenwart eines neuen Klaviers, das bestimmt niemandem anders gehören konnte als dem jungen Mädchen. Da die Unterhaltung noch immer nicht recht in Fluß geraten wollte, wendete er sich an Fräulein Kennedy mit der Bitte, ihnen etwas vorzuspielen.

Als sie darauf zu spielen begann, schlug der Zauber ihrer Musik alle Anwesenden in seinen Bann, wenngleich sich die Wirkung auf verschiedene Weise äußerte. Was Seine Lordschaft betraf, so nickte er im Takte mit dem Kopf, zwinkerte mit den Augen und lächelte herablassend, denn er sah sich im Geiste mit einer goldenen Krone auf dem Kopfe und einer kostbaren Perle unter den Beeren im Oberhause sitzen, während seine Freunde aus Canaan City, die er eigens zu diesem Zwecke auf seine Kosten kommen lassen, ihm mit Neid und Bewunderung von der Galerie des Hauses zusahen. Unter ihnen war auch Aurelia Luder, die nie an ihren Titel hatte glauben wollen. Ähnlich waren die Gedanken der Gattin seiner Lordschaft, die mit Kopf und Fingern Takt schlug und an die Rückerstattung des Familienbesitzes nebst Titel durch den König dachte. In ihrer Vision sah sie sich in einem prächtigen, zu ihrem Besitz gehörigen Garten mit Aurelia Luder und ihren Freundinnen aus Canaan City lustwandeln und Aurelia war grün vor Neid, obwohl sie ihr bestes Schwarzseidenes trug.

Die Wirkung der Musik auf die anderen Pensionäre äußerte sich verschieden. Der melancholische Josephus Copin neigte den Kopf auf die Hand und sah sich im Geiste als Oberbräuer, wie es ohne das Mißgeschick in seiner Jugend hätte wirklich sein können. Oberbräuer von Messenger, Marsden u. Co. Welch eine Stellung!

Daniel Fagg seinerseits träumte von dem Tage, der seiner Entdeckung zur Anerkennung und ihm zur goldenen Belohnung verhelfen würde. Er vergegenwärtigte sich die Glückwünsche seiner australischen Freunde, wie sie sich zu

seinem Empfang am Anlegeplatz des großen Postdampfers einstellten, wie sie ihm die Hände drücken und ihn hochleben ließen, ihn, den großen Daniel, der die Gelehrten Europas beschämt hatte und in der Tat ein zweiter Prophet Daniel war. Der Professor seinerseits machte sich die Ergötze, in die er durch das Spiel veretzt wurde, zuzunehmen, um sich einen neuen Trick zu ersinnen, den er später auch in Form einer verblüffenden Illusion wirklich auf die Bretter brachte.

Frau Bormalad mischte sich ein großes Reischglas mit einem steifen Grog und trank es langsam aus. Als sie damit fertig war, wuschte sie sich eine Träne aus den Augen, vermutlich, weil sie des jeltigen Bormalad gedachte, der seinerzeit bei der großen Brauerei gewesen und vorzeitig gestorben war, weil er, selbst ein Freund von steifem Grog, der Aufnahmeunfähigkeit seines Magens zuviel zugemutet hatte.

Herr Maliphant zwinkerte mit den Augen, nickte mit dem Kopfe, rieb sich die Hände und lachte stillvergnügt vor sich hin.

Fräulein Kennedy spielte eine Gavotte, dann eine zweite und schließlich eine Sonate. Ihr Vortrag war einfach, anmutig und ausdrucksvoll. Während ihres Spieles sah Harry neben dem Klavier und legte sich wiederum die Frage vor, ob sie eine Schneiderin aus Stepmey Green sein könne. Wer hätte sie solchen Anschlag gelehrt? Wurde die Kunst wirklich schon Allgemeingut der Massen? Schließlich zog er aber vor, sich den Kopf nicht weiter über diese Probleme zu zerbrechen, sondern sich der Betrachtung des schönen Wesens hinzugeben, das eine so ausgezeichnete Pianistin war. Als sie aufhörte, kehrte ein jeder der Anwesenden wieder zur nächstern Wirklichkeit zurück.

Lord und Lady Davenant erinnerten sich plötzlich, daß ihr schwieriger Fall seit ihrer Ankunft in London noch nicht die geringsten Fortschritte gemacht hatte.

Dem Schreiber aus der Brauerei fiel es ein, daß sein Wochenlohn noch immer nicht mehr als 80 Schillinge betrug und daß er den Kauf eines Paars Stiefel mit festen Sohlen nicht länger hinausschieben dürfe.

Den gelehrten Daniel Fagg überließ ein Schauer bei dem Gedanken an seine Armut und die immer mehr zunehmende Schwierigkeit, Abnehmer für sein Buch zu finden, die den Preis im voraus bezahlten.

Herr Maliphant hörte auf zu lachen und schüttelte das mit tausend Furchen bedeckte Gesicht, nicht ohne Geframmen, daß ihn das Spiel hatte veretzt ergreifen können.

Der Professor unterbrach das Schweigen mit den Worten: „Die Musik erweckt mich bei meinen Vorstellungen

teils von großem Nutzen, namentlich wenn sie recht lebhaft ist, daß sie die Zuschauer festhält und sie abhält, dem aufstretenden Künstler allzu scharf auf die Finger zu sehen. Sie haben nicht zufällig ein Ei bei sich, Frau Bormalad? Was muß ich sehen! Da liegt ja eins in Ihrem Schoß. Ein richtiges, gutes Hühnerrei, das einen Schilling im Duzend kostet. Ah, Sie haben auch ein Ei in Ihrem Schoß! Wie leichtsinnig von Ihnen, so mit Eiern umzugehen. Darf ich Sie noch einmal bemühen, Fräulein Kennedy? Bitte einen recht gefühlvollen Walzer oder einen Flotten Marsch.“

Fräulein Kennedy kam lachend der Aufforderung nach, und der Professor setzte seine Vorstellung fort, indem er das bezauberte Ei von einem Schoß in den andern wandern ließ, bis es zuletzt in der Innentasche des fadenhäutigen Rocks Daniel Faggs aufgefunden wurde. Der Professor lächelte, verneigte sich und streckte seine Hände aus, wie wenn er beweisen wollte, welcher ehrlicher Zauberer er doch sei.

„Sie spielen wundervoll“, bemerkte Harry zu Fräulein Kennedy, als die Vorstellung in der höheren Salonmagie zu Ende war und der Professor wieder an seinen gewohnten Platz am Tisch zurückkehrte.

„Sind Sie auch musikalisch?“ fragte sie.

„Ich geige ein wenig. Wenn es Ihnen recht ist, können wir ja gelegentlich einmal ein Duett versuchen.“

„Ich wußte nicht“, begann sie, unterbrach sich aber, um dann fortzufahren: „Ich hätte kaum erwartet, hier einem Geiger zu begegnen.“

„Viele meiner Kollegen spielen Geige“, log Harry unverfroren, denn der englische Arbeiter hat so gut wie kein Verständnis für Musik.

„Von meinen Kolleginnen verstehe die wenigsten etwas von Musik“, meinte sie, indem sie sich erhob und das Klavier schloß. „Mir hat sich jedoch eine günstige Gelegenheit, Unterricht zu nehmen.“

Sie blickte auf ihre Uhr, auf der nur wenige Minuten bis zehn fehlten, und erklärte, daß sie zu Bett gehen wollte.

„Ich habe Herrn Dunter Ihren Wunsch mitgeteilt, Fräulein Kennedy“, wendete sich noch Frau Bormalad an sie, und er wird sich morgen auf seinem Geschäftsgange pünktlich um zehn Uhr hier einfinden.“

„Wer ist dieser Herr Dunter?“ fragte Angela.

Die Frage schien die Anwesenden zu Erstaunen zu setzen. Aus solchem Teile der Welt kam diese Schneiderin, daß sie noch nie von Dunter, dem großen Dunter gehört hatte?

und Leinert, gibt das Kammergericht dieser Strafanzeige Folge, dann liegt auf der Hand, daß Borchardt und Leinert nicht widerrechtlich handelten, als sie sich gegen die Verletzung der Abgeordneten-Immunität zur Wehr setzten. In diesem Falle kann natürlich auch eine Verurteilung nicht erfolgen, und dieser Eventualität möchte man offenbar zuvor kommen. — Inzwischen wird uns mitgeteilt, daß Termin gegen Borchardt und Leinert bereits auf den 8. Juli ange setzt ist. Der nationalliberale Abg. Schifferer ist als Zeuge geladen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Holzarbeiterverband hält gegenwärtig in Berlin seinen 9. Verbandstag ab. Auf demselben ist zum ersten Male eine weibliche Delegierte anwesend. Wie aus den Jahresberichten hervorgeht, ist die Mitgliederzahl in den beiden Berichtsjahren von 151 827 auf 182 750 gestiegen. Das Verbandsvermögen hat sich von 9 494 814 auf 5 086 587 Mark erhöht. Lohnbewegungen fanden 2130 mit 166 110 Beteiligten statt. In dem mündlich erstatteten Bericht des Vorstandes wies Leipart darauf hin, daß das Tarifvertragswesen dem Verband nicht hinderlich, sondern nur fördernd gewesen sei. Die Verbände der Schiffszimmerer und Bildhauer wünschen Verschmelzungsverhandlungen. Aus dem Kasienbericht geht hervor, daß an Streikunterstützung in der Berichtszeit 8 977 600 Mk. verausgabt worden sind. Für Unterstützungs zwecke sind 8 894 532 Mk. ausgegeben worden. Die Debatte über die Berichte war eine sehr fege. In den Bericht der Redaktion schloß sich gleichfalls eine lebhaft Debatte. Von Leipart wurde scharf moniert, daß sich das Verbandsorgan in dem Berliner Buchdruckerkonflikt auf die Seite der Opponenten gestellt habe. Ein anderer Redner verurteilte die Stellungnahme des Organs gegen die badi schen Budgetbewilliger. Im allgemeinen aber erklärte man sich mit der Haltung des Blattes einverstanden. Über die Taktik bei Lohnbewegungen wurde in geschlossener Sitzung beraten.

Zuchthausstrafen in den Vereinigten Staaten. Bürger lichen Blättern wird aus Newyork gemeldet: Die Gewerkschaftsführer Compers, Morrison und Mitchell sind vom Obersten Gerichtshof in Washington wegen Miß achtung des Gerichts zu je einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden. Die Anklage resultierte aus einer Privatklage einer Firma, die in der von den Gewerkschaften ver öffentlichten Bogtrottliste aufgeführt worden war. Die Verurteilten haben Verurteilung eingeleht und wurden nach Hinter legung einer Bürgschaft von je 50 000 Mark auf freien Fuß gesetzt. Ein nettes „freies“ Land!

Kritisches zum jüngsten Jahresbericht der Hirsche.

Über die tatsächliche Gewerkschaftsmacht der Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften kann man sich nur schwer ein eigenes Bild machen. Die Geschäftsleitung der Gewerkschaften vermengt in ihrer Statistik z. B. die Einnahmen aus reingewerkschaftlichen Beiträgen mit denen für die dem Versicherungsgeß unterstehenden Hilfskassen (Kranken- und Begräbniskassen) — so, daß eine Nachkontrolle überhaupt nicht möglich ist. Der sicherste Maßstab ist noch der Mit gliederumfang, wenn auch da nicht festgestellt werden kann, wieviel Papierkolonnen dabei sind.

Von 99 Mitgliedern hatten unter den 25 Gewerkschaften die kürzlich für 1911 ihren zusammengefaßten Jahresbericht herausgegeben, 6 Organisationen. Es sind die Gärtner-Duedlinburg, Wäger-Danzig, Küfer-München, Kessner-Bremen und der neugegründete Kaufmännische Ver band. Bekanntlich schenkte die Organisation der Kaufleute aus den Reihen der Gewerkschaften im Vorjahre heraus, die Konkurrenzorganisation Hirsch-Dunderischer Couleur sollte die „innerlich treuen“ Mitglieder halten — es ist nur nicht gelungen. Die Keppschlager Danzig gehören auch noch zu den Gewerkschaften mit bis zu 100 Mitgliedern.

100—500 Mitglieder hatten 3 Gewerkschaften: Selbständige, Bäcker und Bildhauer.

Er war früher eine Art Faktotum des alten Herrn Messinger gewesen, dessen Tod ihn schwer traf,“ erzählte Frau Bernadot. Er ist ein Agent von Beruf, der alle möglichen Geschäfte macht, mit Kohlen handelt, Häuser vermietet und in dieser Nachbarschaft einen jeden kennt, sowie von einem jeden gekannt wird. Er hat Geld erspart, Fräulein Kennedy, und ertrug sich auf gemeinsamer Achtung.

„Das gehört sich wohl auch so,“ bemerkte Harry, „nicht nur, weil er dem verstorbenen Herrn Messinger so nahe stand, sondern auch, weil er mein Onkel ist.“

„Ihr Onkel?“

„Jawohl, mein Onkel, der mit so nahe und doch so fern ist — mein guter Onkel Bunker. Mit Messinger, Marsden u. Co. in Verbindung zu stehen, und sei es auch nur indirekt durch meinen Onkel, muß ich mir als besonderen, wenn auch unerdienten Vorzug anrechnen. Sie werden ihn kennen und auch schätzen lernen, Fräulein Kennedy, falls Sie sich für hier interessieren.“

Fräulein Kennedy erröte. „Aber wie kann er mit von Nutzen sein?“ fragte sie ihre Wirtin.

„Er ist ein Alchimist,“ verächtete die würdige Dame mit einem Anflug von Begierde, der jeden Laden, jede Straße, jeden Platz auf Meilen hinaus kennt. Der Ihnen sagen kann, wer die Bewohner dieser Häuser sind, wovon sie leben, wieviel Miete sie zahlen und was sie sonst tun und treiben. Es war diese Bekanntschaft, wegen der er bei dem Herrn Messinger gut angezogen war.“

Wiederum erröte Fräulein Kennedy. Dann sagte sie, daß es ihr Vergnügen bereiten werde, Herrn Bunker kennen zu lernen.

Als sie das Zimmer verlassen hatte, setzte sich Harry zu seiner Lordschaft an den Kamin, zündete sich eine Pfeife an und begann schweigend zu rauchen. Nach einer Weile ergriff der Professor das Wort.

„Sie ist ein Juwel,“ begann er, „und würde Ihr Glück auf den Bretern machen, sei es als Klavierpielerin, sei es als ein Mediana unter dem magischen Einfluß des Hypnotismus als Hellseherin, oder Gedankenleiterin, oder —“ er sprach laut und fiel in sein früheres Schweigen zurück.

„Sie hat ein intelligentes Gesicht,“ meinte Daniel Kang. „Wenn Sie von meiner Einladung hört, wird sie —“ bei diesen Worten begegnete er den Blicken Harry Gosletts, der ihm mit dem Finger drohte, ein Signal, das er ganz richtig deutete und durch das ihm der junge Mann sagte, daß er eine Schneiderin nicht zur Bestellung und Borsatzbezahlung eines wissenschaftlichen Verles veranlassen dürfe.

„Wißtlich war eine Schneiderin?“ sprach Harry zu sich und wieder sich dann an Frau Bernadot: „Gibt es viele Schneiderinnen in Spanien, die so gut Klavier spielen, wie Fräulein Kennedy, die goldene Uhren tragen und von einer vornehmen Dame nicht zu unterscheiden sind?“

500—1000 Mitglieder hatten 2 Gewerkschaften, der Gewerkschaft der Frauen und die Bauhandwerker. 1000—2000 Mitglieder hatten 4 Organisationen: Eisenbahner-Breslau, Gemeindegewerkschaft, Lötter und Graphische Berufe (Maler und Lithographen).

2000—10000 Mitglieder konnten durch 7 Gewerkschaften gezählt werden. Es handelt sich dabei um die Zigarrenarbeiter, Eisenbahner-Württemberg, Bergarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Textilarbeiter und Holzarbeiter.

Über 10000 Mitglieder hatten nur 2 Gewerkschaften, die Metallarbeiter (48 710) und die Fabrikarbeiter. Der deutsche Metallarbeiterverband — dies sei zum Vergleiche angeführt — konnte schon über 800 000 Mitglieder aufweisen!

Die finanziellen Leistungen der Gewerkschaften sind ebenfalls schwer objektiv festzustellen. Das beste Mittel dazu ist immer noch die Höhe der Mitgliedsbeiträge, die wir für die „größten“ Vereine in der folgenden Tabelle zusammenstellen. Es handelt sich dabei immer um Wochenbeiträge. Bei den Bauarbeitern, die monatliche Beitragsleistungen haben, ist der Wochenbeitrag errechnet.

	männlich	weiblich
Metallarbeiter	85 Pfg.	20 Pfg.
Holzarbeiter	40 „	20 „
Schuhmacher	25, 30, 35 „	20 „
Schneider	15, 25 „	15 „
Graphische Berufe	25 „	—
(Arbeitslosen-Kasse 5, 10 Pfg.)		
Lötter	15, 20, 30 Pfg.	10 „
Bauhilfsarbeiter 8, 12, 14, 17, 20		—
Bildhauer	30 „	—
Fabrikarbeiter	15, 20 „	8 „
Textilarbeiter	20, 30 „	15, 25 „
(Krankenkasse)	10—40 „	2—8 „
Bergarbeiter	25—60 „	—
Zigarrenarbeiter	15 „	12 „
Jugendliche 8 Pfg.		
Gemeindegewerkschaft	10 „	—
Frauen und Mädchen	—	10, 15 „

Die Mitgliederbeiträge zeigen in ihrer Höhe ganz untrüglich die Schwächlichkeit der Hirsch-Dunderischen Organisationen. Beiträge von 8, 12 oder 15 Pfennige sind in den wirtschaftlichen Kämpfen von heute überlebte Spielereien. Wo soll das Geld herkommen, um die Arbeitslosen vor Arbeitslosigkeit, Not und Invalidität wirksam zu schützen, wie kann eine Organisation ernsthafte Kämpfe führen, wenn sie ihre Mitglieder nicht zu größeren Beitragsopfern erziehen konnte? Die erste Vorbedingung des mächtvollen gewerkschaftlichen Kampfes ist die Opferwilligkeit der Mitglieder einer Organisation, sie ist meßbar an der Höhe der Beiträge. Die Hirsch-Dunderianer sind der Krähwinkler Landsturm im Kampfe um die Arbeiterrechte!

Soziales.

Die Zentralranken- und Sterbekasse der Maler (Sitz Hamburg) hielt vom 20. bis 22. Juni in Heidelberg ihre Generalversammlung ab. Zur Tagesordnung stand nur ein Punkt: Auflösung der Kasse oder ist die Möglichkeit vorhanden, die Kasse als Ertragskasse bestehen zu lassen. Nach eingehender Diskussion wurde einstimmig beschlossen, die Kasse am 1. September 1912 aufzulösen.

Ein Gewerbeinspektor gegen den Arbeiterschutz. In dem letzten erschienenen Bericht der technischen Aufsichtsbearbeiter der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1911 wird ein Fall zitiert, der ein recht merkwürdiges Licht auf die Anschauungen eines Gewerbeinspektors über den Schutz der Arbeiter vor Betriebsgefahren wirft. Von der genannten Berufsgenossenschaft waren die Inhaber einer Kunststofffabrik wegen Vergehen gegen die Unfallverhütungsvorschriften mit 300 Mk. Strafe belegt worden. Das Landgericht in Leipzig verurteilte die Firmeninhaber zu je 300 Mk. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis. Bei diesem Prozeß wurde u. a. auch der Gewerbeinspektor von Leipzig als Gutachter zugezogen. In seinem schriftlichen Gutachten als auch in der mündlichen Verhandlung nahm der Gewerbeinspektor einen, den Auffassungen des technischen Aufsichtsbearbeiters der Berufsgenossenschaft völlig entgegengesetzten Standpunkt ein. Während der Beamte der Berufsgenossenschaft die Betriebsunternehmer für den Vorfall verantwortlich machte, vertrat der Gewerbeinspektor die Ansicht, daß ein Abwürgen des Verletzten in den Zuckersiedekessel auch durch ein festes Geländer nicht zu vermeiden gewesen wäre, wie es der technische Aufsichtsbearbeiter u. a. bei der Betriebsrevision gefordert hatte. Die Forderung der Berufsgenossenschaft stützte sich auf § 11 der Unfallverhütungsvorschriften. Der Gewerbeinspektor zog nun in Frage, ob dieser Paragraph zu Recht angewendet worden sei, da es sich darin um Gruben, Kanäle, verziehte Gefäße und andere gefahrbringende Vertiefungen in den Betriebsräumen handele. Der Unfall trete aber in Verbindung mit den Kesseln, die einige Zentimeter aus dem Fußboden herausragten. Die Strafkammer trat den Ausführungen des Gewerbeinspektors glücklicherweise nicht bei, sondern verurteilte die Inhaber der Firma wegen fahrlässiger Körperverletzung. Der sachliche Fabrikinspektor aber, der als so berechteter Anwalt des Unternehmertums auftritt, wird gut tun, wenn er seinen Posten schuldlos quittiert; für einen Gewerbeaufsichtsbeamten fehlen dem Manne all und jede Qualifikationen.

Aus Nah und Fern.

Ein neuer § 175-Standal. In einem Montagsblatt wird ein neuer Homosexuellenstandal angefündigt. Zunächst läßt das Blatt ohne einmal alle bekannten Affären der letzten Jahre Revue passieren, angeblich um die Methode, die das wissenschaftlich humanitäre Komitee des Dr. Magnus Hirschfeld im Kampfe gegen den § 175 anwendet, als verfehlt nachzuweisen, in Wirklichkeit, um die Erinnerung an all den Schmutz anzufrischen. Dann heißt es in direkter Anrede an Dr. Hirschfeld: „Was Sie vom Volke wollen, daß es bei solchen Entstellungen von Eritannien und Mitleid gepackt, sich auf den leidigen Strafparagrafen fürze — dazu, verehrt Herr Doktor, ist dieses Volk erst reif, nachdem Sie es weitere zehn Jahre so vorzüglich aufgeheilt und erzogen haben — werden — wissenschaftlich — wie bisher. Vielleicht braucht es auch nicht mehr zehn Jahre, und das wäre sehr, sehr gut. Ein Fall steht vor der Türe, ersprechender und nachhaltiger als alle bisherigen. Ich glaube, auch Sie kennen ihn schon. Nun denn — sorgen Sie, daß ihm die Öffentlichkeit reiner, gewappneter ins Auge sieht, als denen, die gemein sind.“ — Diese Art, neue Sensationen anzufündigen, dient natürlich dem Zwecke, Erinnerung gegen den § 175 zu machen, noch weniger, als Hirschfelds Methode, aber das war ja wohl auch nicht beabsichtigt.

Explosionsunfall. In Weißwasser (Schlesien) ist im Betriebe der Firma Ulrich u. Wüller am Dienstag morgen der Blechmeister Boeck durch ausströmende

Dämpfe eines geplatzten Dampfrohres derartig verbrüht worden, daß er im Laufe des Vormittags verstorben ist. Ein weiterer Maschinist ist schwer verletzt worden.

Der Raub der sogenannten Kaiserfette. Die Kölner Kriminalpolizei hat den Einbrecher Franz Weges verhaftet. Weges kommt bei dem Raub der Kaiserfette des Kölner Männergesangsvereins aus Eigelsteiner Lorburg sowie bei dem kürzlich begangenen Einbruch in das Postamt Macherstraße unzweifelhaft in Frage. Er wurde außerdem noch wegen verschiedener anderer Einbrüche gesucht.

In der Arrestzelle erstickt. Der 23jährige Damer-schneider Andreas Boecker wirt in Köln a. Rh. Westpreußen, der in Langenlunenburg a. d. Weße wegen Zerschmetterung und Zerstörung in Haft genommen worden war, versuchte die Türe seiner Arrestzelle zu verbrennen, um sich die ersehnte Freiheit zu verschaffen. Dabei fing seine Matratze Feuer und stand bald in hellen Flammen. In dem entstehenden Rauch erstickte der Gefängnis, ehe auf seine Kufe Hilfe gebracht werden konnte.

Aufdeckung einer Mördergrube. In Weede b. Göttingen wollte ein Hausbesitzer seinen Hauskeller erweitern. Als man zu diesem Zweck den Fußboden des Wohnzimmers aufgrub, ließ man in einer Tiefe von etwa 50 Zentimetern auf menschliche Skelette. Im ganzen wurden acht fast tadellos erhaltene Gerippe bloßgelegt, die ganz eng beieinander lagen. In dem Hause ist vor langer Zeit, ehe es Eisenbahnen gab, eine Ausspannwirtschaft für Fußleute, genannt „Zum Wären“ betrieben worden, und man nimmt an, daß die aufgefundenen Gerippe von Personen herühren, die in der Wirtschaft übernachtet haben und ermordet worden sind. Die Staatsanwaltschaft zu Göttingen hat bereits die Untersuchung der mysteriösen Angelegenheit in die Wege geleitet.

Die Einsturzkatastrophe bei den Niagarafällen. Über die Einsturzkatastrophe bei den Niagarafällen werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt: Der auf Pfeilern ungefähr zwölf Meilen unterhalb Buffalo auf der kanadischen Seite des Falles errichtete Landungssteg wurde gestern in dem Augenblick von der Strömung eingerissen, als ungefähr vier bis fünfhundert Personen, die von einem Ausflug nach Gaglepart kamen, sich anschickten, vom Kal den Dampfer nach Grand Island zu besteigen. Die Menschenmassen drängten und stießen sich auf dem Steg, um die besten Plätze zu erhalten. Plötzlich brach die Brücke in sich zusammen. Ungefähr dreihundert Personen stürzten in die Fluten. Die übrigen wurden von einer wahnsinnigen Panik ergriffen. Nur einzelne behielten ihre Kaltblütigkeit und versuchten, die mit den Wellen Ringenden zu retten. Mehrere Männer, die sich an den Pfeilern der Landungsbrücke festhielten, mußten hilflos zusehen, wie ihre Frauen und Kinder nach langem Kampfe in den Wellen untergingen. Es war unmöglich, irgend ein Boot ins Wasser zu lassen. Endlich kam ein größeres Motorboot mit Rettungsmannschaften an. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig. Viele Leute, die des Schwimmens kundig waren, haben wahre Heldentaten bei den Rettungsarbeiten vollbracht. Es wurden vierundzwanzig Leichen aus dem Wasser herausgezogen. Im Laufe des Nachmittags ist es gelungen, noch sechs Leichen aufzufischen, die im Gestrüpp hängen geblieben waren. Da man nicht genau weiß, wie viele Ausflügler sich auf der Landungsbrücke befanden, kann man die Zahl der Umgekommenen noch nicht endgültig angeben. Siebzehn Frauen und Kinder werden noch vermisst. Eine Wache sucht den ganzen Strom nach Leichnamen ab.

Ein russisches Dorf niedergebrannt. Ein Telegramm aus Njasa meldet: Unweit der Stadt sind fünfhundert Häuser des Dorfes Polany niedergebrannt. Das Dorf ist schon einmal vor zwei Jahren durch eine Feuersbrunst fast vollständig zerstört worden.

Der Typhus im Ruhrgebiet greift wieder um sich. In Witten liegen etwa 80 Personen darnieder, in Pommern wurden bisher 50 Erkrankungen festgestellt. Die Epidemie soll durch (mit Ruhrwasser?) infizierte Milch hervorgerufen sein.

Bei einer Spazierfahrt getötet. Infolge des Durchgehens eines Pferdes ist in Blankenburg in Thüringen auf einer Spazierfahrt Frau Dr. Weissenstein aus Petersburg vom Wagen geschleudert und getötet worden. Zwei andere russische Damen, die sie begleiteten, wurden schwer verletzt. Der Kutscher brach sich einen Fuß.

Die Londoner Suffragetten haben jetzt im Gefängnis einen Hungerstreik inszeniert. Von 70 Verhafteten werden jetzt 46 zwangsweise ernährt. Eine herzleidende Frau wurde, nachdem sie 5 Tage gehungert hatte, aus dem Gefängnis entlassen.

Kleine Chronik. In Wiesental bei Schwellingen erlitt nach einem heftigen Streit die Ehefrau des Bäckermeisters Stöckel ihren Gatten mit einem Transchermesser. Die Frau wurde verhaftet. — Die ungemöhnlich heftigen Gewitter, die in der Schweiz niedergingen, wirkten besonders verheerend in den Kantonen Appenzell, Argau und Thurgau. Im Kanton Zug wurden die ganze Kirchenernte und die Obstkulturen vernichtet. — An Bord des französischen Dampfers „Congo“, der in Port Said eingetroffen ist, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der italienischen Besatzung und türkischen Passagieren. Beide Parteien machten von ihren Revolvern und Dolchen Gebrauch. Drei Passagiere wurden getötet und einer über Bord geworfen. Er ertrank. Ein Matrose wurde durch Dolchschläge getötet. 8 Personen sind verletzt worden. Die ägyptische Polizei mußte die Ordnung wieder herstellen. — Bei dem in Dieppe begonnenen zweitägigen Automobilsrennen um den großen Preis des französischen Automobilklubs erfolgte ein schwerer Unglücksfall. Der Greigoire-Wagen des Teilnehmers Collinet überschlug sich in voller Fahrt. Collinet wurde schwer verletzt, sein Monteur dagegen getötet.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 25. Juni. Auftrieb 5000 Schweine. Markt mäßig rege geräumt. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 69.— bis 70.— (55.— bis 56,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 69.— (— bis 55.— Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 68,00 bis 69.— (53,00 bis 53,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 68.— bis 68,50 (53,00 bis 53,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60.— bis 67.— (45,50 bis 51.— Mk.) Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 64.— bis 66,00 (51,00 bis 53,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 53,00 bis 63,00 (45,00 bis 49.—) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwerg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Auf der Hochzeitsreise gefangen.

Der Titel könnte auch lauten: Wenn eine eine Reise tut nach Afrika... Es ist die Geschichte einer Hochzeitsreise...

Madame Louise Gardinot ist schön; sehr schön sogar. Sie weiß es, denn ich habe ihre Photographie im 'American'...

Madame Louise Gardinot ist schön; sehr schön sogar. Sie weiß es, denn ich habe ihre Photographie im 'American'...

Madame Louise Gardinot ist schön; sehr schön sogar. Sie weiß es, denn ich habe ihre Photographie im 'American'...

Madame Louise Gardinot ist schön; sehr schön sogar. Sie weiß es, denn ich habe ihre Photographie im 'American'...

Madame Louise Gardinot ist schön; sehr schön sogar. Sie weiß es, denn ich habe ihre Photographie im 'American'...

Madame Louise Gardinot ist schön; sehr schön sogar. Sie weiß es, denn ich habe ihre Photographie im 'American'...

auf diesem Gebiete, der Berliner Professor und Geheimrat...

aus dem Gebiete, der Berliner Professor und Geheimrat...

